



VOLKSENTSCHEIDE, DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT

Das rheinland-pfälzische Reformprojekt
„mehr Bürgerbeteiligung wagen“
im Lichte schweizerischer und deutscher Erfahrungen.

Diskussionsveranstaltung in der Reihe „Partner im Dialog“
am 14. Juni 2011 im Landtag Rheinland-Pfalz

Heft 50

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Verantwortlich: Hans-Peter Hexemer
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz

Redaktion: Elke Steinwand
Jeannine Stephan

Titelgestaltung: Petra Louis, Mainz

Fotos: Klaus Benz

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2011

Druck: Satz+Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: www.landtag.rlp.de

VOLKSENTSCHEIDE, DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT

Das rheinland-pfälzische Reformprojekt
„mehr Bürgerbeteiligung wagen“
im Lichte schweizerischer und deutscher Erfahrungen.

Diskussionsveranstaltung in der Reihe „Partner im Dialog“
am 14. Juni 2011 im Landtag Rheinland-Pfalz

INHALTSVERZEICHNIS

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

Landtagspräsident Joachim Mertes 5

BEGRÜSSUNG

Tim Guldemann,
Botschafter der Schweiz in der
Bundesrepublik Deutschland 11

KERNREFERAT

DIREKTE DEMOKRATIE IN DER SCHWEIZ: ERFAHRUNGEN UND ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN

Prof. Dr. Wolf J. Linder,
Politologe, Universität Bern 13

PODIUMSDISKUSSION

25

Kurt Beck,
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

Tim Guldemann,
Botschafter der Schweiz in der Bundesrepublik Deutschland

Professor Dr. Wolf J. Linder,
Politologe, Universität Bern

Professor Dr. Gerd Mielke,
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Anna Wohlfahrth,
Bürger-Forum 2011, Bertelsmann Stiftung

Moderation:
Professor Dr. Thomas Leif,
SWR, Chefreporter Fernsehen

SCHLUSSWORT

Ministerpräsident Kurt Beck 71



BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste!

Ich freue mich, dass ich Sie heute hier zu dieser Veranstaltung „Volksentscheide, Demokratie und Rechtsstaat. Das rheinland-pfälzische Reformprojekt, ‚mehr Bürgerbeteiligung wagen‘ im Lichte schweizerischer und deutscher Erfahrungen“, begrüßen darf.

Schweizer und Deutsche haben mit diesen Themen sehr unterschiedliche Erfahrungen. Als im März diesen Jahres die Bitte der Schweizer Botschaft an mich herangetragen worden ist, einer Veranstaltung im Rahmen ihrer Reihe „Partner im Dialog“ bei uns im Landtag zum Thema „direkte Demokratie“ zuzustimmen, war mir klar, dass es dafür kaum einen geeigneteren Veranstaltungsort als den Plenarsaal des Landtags gibt. In diesem Plenarsaal, dem zentralen Ort der repräsentativen Demokratie in unserem

Land, tagen wir unter einer Originalfahne des Hambacher Festes, der ersten großen unmittelbaren Volksversammlung Deutschlands. Wir Parlamentarier werden so nicht nur an die Freiheits- und Demokratiegedanken, für die viele Menschen 1832 hart gekämpft haben, erinnert. Vielmehr erinnert diese Fahne uns auch daran, dass wir vom Volk gewählt worden sind und welchen Auftrag wir in der Demokratie zu erfüllen haben. Hier wird zugleich das Spannungsverhältnis von mittelbarer und unmittelbarer Demokratie deutlich.

Meine Damen und Herren, ich freue mich zugleich, dass wir heute Abend ein Thema aufgreifen, das gerade in jüngster Zeit häufiger in den Medien, der Wissenschaft, der Gesellschaft und in der Politik diskutiert wird.

Ich begrüße sehr herzlich hier bei uns den Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herrn Dr. Tim Guldimann. Exzellenz, ich freue mich sehr, dass Sie bei uns sind und dass heute Abend bei dieser Veranstaltung der Botschaft dieses Thema, das ganz offenbar sehr viele interessiert, im Landtag Rheinland-Pfalz diskutiert wird.

Ich freue mich, dass Ministerpräsident Kurt Beck ebenso in diesem ihm bekannten Saal auf dem Podium mitwirken und das Schlusswort sprechen wird. Herzlichen Dank, dass Sie an dieser Gesprächsrunde teilnehmen.

Ich freue mich, dass der Politologe Herr Professor Dr. Wolf Linder aus Bern bei uns ist und wir durch sein Kernreferat von seinen Erfahrungen profitieren können. Herzlich willkommen in diesem Landtag!

Der Herr Botschafter wird die weiteren Teilnehmer im Einzelnen noch einmal vorstellen. Es ist eine gemeinsame Veranstaltung zum gemeinsamen Nutzen, wie wir die Demokratie fortentwickeln können.

„Partner im Dialog“ heißt die Reihe, in der es um Fragen direkter Demokratie geht. Diese Veranstaltung findet – wie gesagt – statt an einem Platz der repräsentativen Demokratie, an dem wir als Abgeordnete unsere Verantwortung als Repräsentanten der Wählerinnen und Wähler wahrnehmen, an dem wir das zu vertreten haben, was in diesem Land gedacht und entwickelt werden soll. Dennoch hat die Demokratie, wie wir sie haben, sicherlich auch immer wieder Fragen zu beantworten, wie die Bürger mehr beteiligt und dafür gesorgt werden kann, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit Themen auseinandersetzen, die sie angehen und bewegen: Bauvorhaben, Schulreformen und sogar Rauchverbote. All das kann den Bürger natürlich bewegen.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ So formulierte es Willy Brandt am 28. Oktober 1969 in seiner Regierungserklärung. Diese Worte, meine Damen und Herren, waren für uns junge Leute damals ein Signal. Wir haben sie angenommen und uns selbst eingebracht.

Vor Ihnen steht nun nicht nur der Präsident des Landtags, – das ist in Rheinland-Pfalz möglich – vor Ihnen steht auch der Bürgermeister einer klitzekleinen Tausendseelengemeinde. In Rheinland-Pfalz gibt es über 2.300 Kommunen; die alle haben Räte und Bürgermeister. Viel Mitsprache wird so schon durch die örtlichen Ratsvertretungen gewährleistet. Das heißt es gibt 2.300 Mal Bürgermeister, 2.300 Mal einen Gemeinderat und es geht 2.300 Mal um Etat und Beteiligung. Sie werden in Deutschland so schnell kein Netz finden, das so engmaschig ist wie unsere kommunalen Möglichkeiten durch den Erhalt der Ortsgemeinden. Dennoch haben wir festgestellt, so nah auch die Netze sein können, wir müssen bereit sein, mit dem Bürger über bestimmte Projekte zu reden.

Ich hatte einmal ein umstrittenes Projekt – der Herr Ministerpräsident kennt das Projekt – bei mir im Gemeinderat gehabt: die

Sicherung einer Burg. Ich finde es schon interessant zu überlegen, wie das ausgegangen wäre, wenn wir das, was wir vorhaben, nämlich die Zustimmungsquoren herabzusetzen, um mehr Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu geben, schon umgesetzt gehabt hätten. Es kommt nicht darauf an – das will ich als aktiver Kommunal- und Landespolitiker einräumen –, ob man dann Recht oder kein Recht durch die Bevölkerung bekommt, da es nun einmal das Recht der Bevölkerung ist zu sagen, was sie von bestimmten Dingen hält.

Das Instrument eines Bürgerentscheids ist dann nicht nur eine Möglichkeit, bestimmte Vorhaben auf ihren Sinn und ihre Auswirkungen kritisch zu überprüfen, vielmehr ist es auch eine Gelegenheit, die Bürgerinnen und Bürger an einer Entscheidung zu beteiligen. Das, meine Damen und Herren, ist Demokratie – sie funktioniert durch Mitmachen und nicht durch Passivität und Hinnehmen aller politischen Entscheidungen, die andere treffen. Wir können beobachten, dass in Deutschland generell ein Umdenken begonnen hat, was das unmittelbare Mitspracherecht von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen anbelangt. Für Rheinland-Pfalz kann ich sagen, dass wir darauf hinarbeiten, die Hürden, die es für ein solches Mitspracherecht zu nehmen gilt, zu minimieren. Der Landtag hat bereits im vergangenen Jahr eine Senkung des Zustimmungsquorums von derzeit 30 Prozent auf 20 Prozent beim Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene beschlossen.

Wir werden heute Abend erfahren, wie im Lichte schweizerischer und deutscher Erfahrungen die Wege zur Vitalisierung der Demokratie aussehen, welche Erfahrungen man bei unserem Nachbarn gemacht hat und welche Erfahrungen wir vielleicht übertragen können.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich begrüße Sie alle herzlich und nenne stellvertretend zum einen Herrn Hendrik Hering, den Fraktionsvorsitzenden der SPD, und zum anderen

Frau Marlies Kohnle-Gros für die CDU-Fraktion. Sie werden diejenigen sein, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen müssen, da wir möglicherweise eine Enquete-Kommission einrichten. Das Parlament wird noch darüber zu entscheiden haben.

Ich freue mich auch, dass Vertreter des Konsularischen Korps bei uns sind. Ebenso freue ich mich, dass der Rechnungshof mit seinem Präsidenten vertreten ist und auch der Bürgerbeauftragte und der Datenschutzbeauftragte anwesend sind.

Lieber Herr Professor Dr. Thomas Leif, Danke dafür, dass Sie die Veranstaltung nach der Begrüßung durch den Herrn Botschafter ordnend moderieren werden. Wir haben sicherlich ein ernst zu nehmendes Zeitkonzept, aber wir haben uns überlegt, dass wir Sie als Zuhörer, als Teilnehmer bitten, in der Endrunde mit uns zu diskutieren, um noch Fragen zu stellen und Kommentare geben zu können. Die Beteiligung beginnt also hier.

Meine Damen und Herren, politisch und strukturell gibt es große Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz. Gleichwohl haben wir auch große Gemeinsamkeiten. So entspringt beispielsweise der Rhein, den wir durch die Fenster unseres Plenarsaals sehen können, in der Schweiz. Die Schweiz birgt also die Quelle einer unserer wichtigsten Wasserstraßen. Aber auch die Gedanken an Freiheit und Demokratie sind tief in unseren Ländern verwurzelt. Während die Schweiz seit jeher für Neutralität und Liberalität steht, ist unser Land Rheinland-Pfalz stolz, Schauplatz des Hambacher Festes zu sein, das bis heute als Wiege der Demokratie in Deutschland bezeichnet wird. Wir arbeiten heute in demokratischen Gremien erfolgreich über die Grenzen hinweg am Rhein entlang zusammen, etwa im Rahmen des Oberrheinrates. Wir sind also wirklich, „Partner im Dialog“. Daher habe ich auch sehr gerne die Schirmherrschaft dieser Veranstaltung übernommen.

Ich wünsche mir, dass wir heute Abend eine spannende Diskussion zu den Fragen von mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung erleben und wir mit neuen Anregungen und Ideen die Debatte weiterführen können. Seien Sie alle herzlich willkommen im Landtag!



BEGRÜSSUNG

BOTSCHAFTER TIM GULDIMANN

Herr Landtagspräsident, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie Gastgeber und Schirmherr dieser Veranstaltung sind. Es ist für uns ein großes Vergnügen und eine Ehre, zu diesem Thema bei Ihnen heute Abend diese Diskussion zusammen mit Ihnen veranstalten zu dürfen.

Herr Ministerpräsident, dass Sie uns die Ehre erweisen, hier dabei zu sein und mitzudiskutieren, ist der beste Beweis, wie ernst Sie es mit Ihrem Anliegen der Bürgermitbestimmung und den direkt-demokratischen Konsultationen nehmen. Sie haben ein Buch mit herausgegeben und ich habe die von Ihnen verfassten Teile gelesen. Es hat mich sehr gefreut zu sehen, dass Sie als prominente Persönlichkeit der SPD diese Ideen auch bundesweit in Ihre Partei hineingetragen haben. Es ist eigentlich schade, dass diese Linie durch Ihre Nachfolger im Parteivorsitz nicht so weitergeführt

worden ist. Ich sage das als Schweizer. Dazu eine Bemerkung: Wenn wir zusammen mit Wolf Linder hier zu dieser Diskussion einen Beitrag leisten können, dann möchte ich unterstreichen, dass ich die direkte Demokratie in der Schweiz nicht als Vorbild sehe. Sie kann lediglich als Referenz für eine Diskussion über Volksentscheide dienen, die hier in Deutschland begonnen hat und in deren Rahmen man schaut, wie es in der Schweiz mit den Vor- und Nachteilen aussieht. Ich glaube, das sollte das Thema unserer Diskussion heute Abend sein, zu der ich Sie ganz herzlich begrüße.

Zu den Diskussionsteilnehmern gehört Herr Wolf Linder, mit dem uns eine langjährige Freundschaft verbindet. Wolf Linder hat an der Universität Bern die Politologie aufgebaut und dafür gesorgt, dass Politologie nicht nur in Bern, sondern in der ganzen Schweiz ernst genommen wird. Es gab vor 20, 30 Jahren sozusagen keine Politologie in der Schweiz, heute gibt es eine Politologie, und das ist vor allem auch Wolf Linder zu verdanken. Ich hatte das große Vergnügen, während Jahren bei dir unterrichten zu dürfen. Auch Herrn Professor Dr. Mielke vom Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität hier in Mainz begrüße ich ganz herzlich. Meinen Dank dafür, dass Sie heute Abend hier an der Diskussion teilnehmen.

Ich darf noch Anna Wohlfarth nennen. Sie berät den Bundespräsidenten in diesem wichtigen Bereich. Sie kommen aus Berlin und kehren mit mir zusammen heute Abend noch nach Berlin zurück. Ich hoffe, dass Sie vielleicht das eine oder andere mitnehmen, was Sie dem Bundespräsidenten in dieser uns so wichtigen Angelegenheit mitteilen werden.

Herr Leif, Ihnen herzlichen Dank für die Gesprächsführung.

Damit übergebe ich das Wort an Wolf Linder, der mit seinem Kernreferat die Basis für die Podiumsrunde legen wird.



KERNREFERAT
DIREKTE DEMOKRATIE IN DER SCHWEIZ:
ERFAHRUNGEN UND ENTWICKLUNGS-
MÖGLICHKEITEN

PROFESSOR DR. WOLF J. LINDER
UNIVERSITÄT BERN

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herrn Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Botschafter, lieber Tim,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, vor Ihnen über schweizerische Erfahrungen mit der direkten Demokratie zu sprechen. Das Thema wäre abendfüllend; in den 20 Minuten, die mir eingeräumt sind,

muss ich mich daher auf einige wenige Streiflichter beschränken und auf jene Themen fokussieren, die für Ihre Absichten vermehrter Bürgerbeteiligung als relevant erscheinen.

Die Schweiz ist das einzige Land, das neben den Wahlen die Abstimmungsdemokratie auf allen Stufen des föderalistischen Systems von der Gemeinde und den Kantonen bis zum Bund konsequent verwirklicht hat. Dabei gibt es a priori keinen Gegenstand, der von der direkten Demokratie ausgeschlossen ist. Schweizerinnen und Schweizer stimmen über alle möglichen politischen Entscheidungen ab, vom neuen Rathaus in der Gemeinde, den kantonalen Spitälern, bis zur Frage des schweizerischen Eherechts oder des Beitritts der Schweiz zur EU. So kommen für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger jährlich bis zu etwa 50 Vorlagen zusammen, über die sie an der Urne zu entscheiden haben, und ihre Entscheidungen sind rechtsverbindlich. Genauer noch: Es sind Nachentscheidungen zu Beschlüssen des Parlaments. In dessen wichtigsten Entscheidungen hat die Stimmbürgerschaft gewissermaßen das letzte Wort.

Über die verschiedenen Instrumente der direkten Demokratie will ich hier nicht näher berichten. Nur so viel dazu:

Das prominenteste Instrument, aber nicht das Wichtigste, ist die Volksinitiative. Ein Teil der Bürgerschaft verlangt dabei mit seiner Unterschrift den Erlass eines neuen Gesetzes oder einer Verfassungsbestimmung. Regierung und Parlament empfehlen eine solche Volksinitiative zur Ablehnung oder, was seltener geschieht, zur Annahme. Daraufhin entscheidet das Volk. Die Erfolge von Volksinitiativen sind selten; beim Bund ist es nur etwa jede zehnte Initiative, welche die erforderliche doppelte Mehrheit von Volk und Kantonen findet.

Mit dem Gesetzesreferendum erhält die Stimmbürgerschaft die Möglichkeit, ein Veto gegen parlamentarische Gesetzesbeschlüsse einzulegen. Opponenten einer Gesetzesrevision

sammeln, wenn es um ein Bundesgesetz geht, 50.000 Stimmen in 100 Tagen, worauf eine Volksabstimmung angesetzt wird. Obwohl das Sammelquorum nur etwa einem Prozent der Stimmbürgerschaft entspricht, wird von dieser Möglichkeit nur relativ selten Gebrauch gemacht, denn rund 93 Prozent aller Gesetze treten ohne Referendum in Kraft. In den wenigen Referendumsfällen dagegen gewinnt die Opposition in 4 von 10 Fällen gegen Regierung und Parlament und die Vorlage ist abgelehnt. Was die Gesetzgebung angeht, funktioniert die Schweiz daher fast wie eine normale Repräsentativdemokratie: Das Parlament bleibt trotz direkter Demokratie das gestaltende Zentrum der Gesetzgebung.

Das wohl wichtigste Instrument nun ist das Verfassungsreferendum. Alle Neuerungen der Verfassung, aber auch bestimmte internationale Verträge, sind obligatorisch, also in jedem Fall, dem Volk zu unterbreiten. Solche Abstimmungen sind häufig, denn der schweizerische Föderalismus verlangt die Zustimmung von Volk und Kantonen für jede neue Bundeskompetenz und darum auch ein doppeltes Mehr. Man kann damit sagen, dass die gesamte Verfassungsentwicklung des schweizerischen Bundesstaates seit 1848 Schritt für Schritt in Abstimmung mit dem Mehrheitswillen von Volk und Kantonen erfolgte.

Da stellt sich nun doch die Frage nach den längerfristigen Wirkungen dieser direkten Demokratie. Ich greife daraus folgende Punkte heraus:

1. Volksrechte sind im Wesentlichen Instrumente der Opposition. Sie haben dazu geführt, dass politisch vieles langsamer geht als anderswo. Was aber beschlossen ist, kann auch umgesetzt werden.
2. Volksrechte bedeuten eine permanente Kontrolle der politischen Eliten. Die Politik hat sich an den Präferenzen und Interessen der Stimmbürgerschaft auszurichten, selbst wenn das

Politikerinnen und Politikern nicht gefällt. Diese Kontrolle ist bedeutsam, vor allem auch in den öffentlichen Finanzen. Eine stetig wachsende Überschuldung des Staates, wie wir sie heute in vielen europäischen Staaten beobachten, findet nicht statt. Nicht zuletzt die Parlamente und Regierungen von Kantonen und Gemeinden müssen demokratische Mehrheiten finden für das, was sie ausgeben möchten, denn auf jeder Ebene müssen zunächst die entsprechenden Steuern vom Volk bewilligt werden.

3. Volksrechte geben auch umstrittenen Entscheiden eine hohe Legitimation; direkte Demokratie bedeutet Selbstbestimmung und erleichtert Bürgerinnen und Bürgern, Entscheide auch dann hinzunehmen, wenn sie sich persönlich dagegen ausgesprochen haben.

Das führt mich zur nächsten Frage: Sind Bürgerinnen und Bürger überhaupt fähig zu verstehen, worüber sie abstimmen? Bekanntlich ist die anscheinend fehlende Sachkompetenz des einfachen Stimmvolks einer der wichtigsten Einwände gegen die Erweiterung der repräsentativen Demokratie. Der italienische Theoretiker Norberto Bobbio beispielsweise behauptet, Bürgerinnen und Bürger seien allenfalls fähig, gute Personen ins Parlament zu wählen – direkte Mitbestimmung in Sachentscheiden dagegen führe notwendigerweise ins Chaos und die politische Anomie. Nun ist allerdings die schweizerische Demokratie in den letzten 160 Jahren nicht zusammengebrochen, obwohl die Mitwirkung des Volkes in dieser Zeit ständig erweitert wurde. Vielmehr hat direkte Demokratie dazu beigetragen, dass aus einer der ärmsten Gesellschaften eine wohlhabende geworden ist, und dies mit einem vergleichsweise bescheidenen, aber effektiven und politisch stabilen Staatswesen. Empirischen Studien aus dem schweizerischen Untersuchungslabor direkter Demokratie verdanken wir einige wichtige Einsichten über die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur direktdemokratischen Mitwirkung:



1. Zunächst ist direkte Demokratie in komplexen Fragen für einen Teil der Bürgerschaft tatsächlich eine Überforderung. Diese Gruppe verliert politisches Interesse und bleibt öfters der Urne fern. Das sind vor allem bildungsferne, untere soziale Schichten. Direkte Demokratie hat deshalb einen Mittelschichtsbias [Anmerkung d. Red.: engl. für Verzerrung], und zwar umso stärker, als es um komplexe Verfahren und Entscheidungen geht.
2. Die Empfehlungen der Regierung, die Parolen von politischen Parteien oder der Meinungspresse, aber auch bezahlte Propaganda sind für die Meinungsbildung aller Stimmenden wichtig. Ein größeres Propagandabudget kann in Einzelfällen den Ausgang der Abstimmung beeinflussen, aber Stimmbürger sind nicht generell käuflich.

Zuruf aus dem Publikum:

Herr Linder, mit politischer Propaganda meinen Sie auch die Lobbyisten?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Nein, Lobbyisten sind weniger relevant im Prozess der direkten Demokratie, sondern im Parlament. Dort gibt es auch Geld, Einfluss, und auch gekaufte Stimmen. Im Abstimmungskampf ist eher an die Propagandafeldzüge von Interessenorganisationen zu denken, die mit großen Inseraten, großem Aufwand und bezahlten Texten in den Zeitungen operieren.

3. Die Fähigkeit der Stimmbürger, politische Fragen zu verstehen und sachlich zu beurteilen, sollte trotz der ersten beiden Punkte nicht unterschätzt werden. Ein Großteil der Stimmenden weist sich über gute Kenntnisse der politischen Streitfragen aus, über die er entscheidet. Er wägt Sachargumente gegeneinander ab. Er folgt nicht einfach politischen Parolen oder Schlagworten der Propaganda, sondern prüft, ob er ihnen aufgrund ihrer Herkunft vertrauen kann.
4. Dieses Verhalten begrenztes Wissen zu ersetzen durch Vertrauen in kompetente Dritte – wenden wir in allen Lebensbereichen an. Das gilt auf dem politischen Parkett übrigens auch für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die zumeist nur in einem Teil der Dossiers wirklich kompetent sind, sich in den übrigen Fragen aber an den Rat von Kolleginnen und Kollegen ihrer Parteifamilie halten, denen sie vertrauen.

Soweit meine Ausführungen zu den Fähigkeiten der Bürgerschaft zur direkten Mitwirkung. Sie beantworten auch die Frage, warum die direkte Beteiligung des Volkes an den wichtigsten Sachentscheiden in der Schweiz nicht zum Chaos geführt hat.

Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie ist es möglich, dass das Volk so oft den Entscheiden von Regierung und Parlament folgt?

Meiner Ansicht nach beruht dies zu einem wesentlichen Teil auf der informellen Mitwirkung von organisierten Gruppen im Vorfeld

der Regierungs- und Parlamentsentscheidungen. Behörden versuchen darin, den Puls des Volkes zu ermitteln. Auf Bundesebene geschieht dies im so genannten vorparlamentarischen Verfahren, in welchem Parteien und andere Interessengruppen in der Entstehungsphase eines Gesetzesprojekts angehört werden. Diese Anhörung wird in der weiteren Ausarbeitung des Projekts berücksichtigt, denn Regierung und Parlament wollen ja ein eventuelles Referendum vermeiden oder im Falle des Verfassungsreferendums die Mehrheit des Volks und der Kantone gewinnen.

Auf kantonaler und lokaler Ebene nun beschränken sich diese Anhörungen nicht nur auf organisierte Interessen. Vielmehr wurden in den letzten Jahrzehnten etwa für Infrastrukturvorhaben sowie für viele Vollzugsprojekte der Verwaltung besondere Verfahren entwickelt. Sie alle sollen eine vermehrte Konsultation und Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung erreichen. Welche Erfahrungen wurden dabei gemacht?

Es sind höchst unterschiedliche Erfahrungen, und ich möchte Ihnen dies an zwei Kontrastfällen zeigen:

Der erste Fall betrifft das Nahverkehrssystem der Agglomeration Zürich, das über die Schweiz hinaus als erfolgreiches Beispiel einer komplexen Infrastrukturplanung gilt. Seine Realisierung erforderte Sach- und Finanzbeschlüsse auf allen drei föderalen Ebenen der Gemeinden, des Kantons und des Bundes. Eine Reihe wichtiger Beschlüsse auf Kantons- und Gemeindeebene waren der Letztentscheidung des Volks zu unterbreiten. Diese Volksabstimmungen verliefen insgesamt erfolgreich. Hier nun haben intensive Konsultationsverfahren nicht nur mit Wirtschafts-, Umwelt- und sonstigen Organisationen stattgefunden, sondern auch mit der betroffenen Bevölkerung. Diese Mitwirkungsverfahren entfalten selbstverständlich keine Rechtswirkung; sie waren nicht einmal politisch verbindlich. Trotzdem halten Fachleute diese jahrelangen Mitwirkungsverfahren für einen wesentlichen Faktor der Zürcher Abstimmungserfolge.

Der zweite Fall, der zum ersten kontrastiert, betrifft die Festlegung des Tiefenlagers für langfristig radioaktiven Atommüll, für den die schweizerischen Bundesbehörden sechs mögliche Standortregionen ausersehen haben. In allen diesen Regionen sollen derzeit Konsultationen mit der regionalen Bevölkerung stattfinden. Es wurden so genannte „Aufbauforen“ oder Konferenzen ins Leben gerufen, in denen regionale Behördenvertreter, aber auch Vertreter von Umwelt- oder sonstigen Interessen die Meinung der Bevölkerung einbringen und artikulieren sollen. Folgt man Presseberichten, so sind diese Konsultationen bisher ein echter Flop. Die Beteiligung hakt trotz aller Bemühungen, die Teilnehmenden sind unzufrieden und halten das ganze Unternehmen für zu zeitaufwendig, zu kompliziert, ja gar nutzlos. Der wichtigste Grund ist folgender: Die Beteiligten wissen, dass gemäß Kernenergiegesetz nicht die Gemeinde, die Region oder der Kanton entscheiden, sondern Bundesrat und Parlament, und im Falle eines Referendums das gesamte Schweizer Volk. Dies bedeutet, dass das Endlager letztlich über die Köpfe einer Region oder Gemeinde hinaus errichtet werden kann. Die lokale Bevölkerung hat, anders als im Zürcher Fall, kein Vetorecht, wofür es in der Frage atomarer Endlager sicherlich sachliche Gründe gibt. Dieser Umstand führt aber dazu, dass das Partizipationsverfahren von den Beteiligten als bloße „Alibiübung“ bezeichnet wird, in der allenfalls über die Oberflächenfarbe der Anlage mitbestimmt werden kann. Sie sehen an den beiden Beispielen, wie unterschiedlich die Wirkung von Bürgerbeteiligung sein kann. Beim Zürcher S-Bahn-Projekt wussten die Behörden, am Ende steht ein verbindlicher Urnenentscheid des lokalen oder kantonalen Stimmvolks. Wollten die Planungsbehörden das Risiko des Scheiterns in der Volksabstimmung vermeiden, so konnten sie gar nicht anders als die Beteiligung aller Gruppen ernst zu nehmen. Bei den Tiefenlagern jedoch wissen regionale Behörden, wie die meisten Teile der Bevölkerung, dass sie an den wesentlichen Kriterien für den Entscheid kaum etwas ändern können.

Die Relevanz und Beteiligung der Bürger in Planungsverfahren hängt also zunächst entscheidend davon ab, ob am Ende des

Prozesses ein verbindlicher Volksentscheid für die betroffene Bürgerschaft steht oder nicht.

Dies heißt nun aber nicht, dass Bürgerbeteiligung ohne nachfolgenden Volksentscheid nutzlos sein muss. Es gibt nicht nur den schwierigen Endlager-Fall, sondern den viel häufigeren Fall, dass die Behörden aufgrund von Bürgerbeteiligungen bereit sind ihre Planung, ihren Entscheid oder ihre Entscheidungskriterien selbst zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren. Die Glaubwürdigkeit und die Effektivität der Bürgerbeteiligung hängen also in diesen Fällen entscheidend davon ab, welchen Grad politischer Verbindlichkeit die Behörde den Ergebnissen des Verfahrens zumisst. Die Berücksichtigung des Willens der Bevölkerung ist in den frühesten Phasen des Planungsprozesses aussichtsreicher, und wenn sachlich Alternativen oder Kompensationen für Verlierer verfügbar sind. Im Wesentlichen geht es darum, Null-Summen-Probleme, in denen der eine gewinnt, was der andere verliert, zu überwinden. Sie müssen in Positiv-Summen-Spiele verwandelt werden, in denen es nur Gewinner, oder zumindest keine Verlierer gibt. Hier ist vor allem die Unbefangenheit und Kreativität der Behörde gefragt und die Politik wird zu einer professionell zu betreibenden Kunst.

Ich komme zum Schluss. Schweizerische direkte Demokratie ist kein Exportmodell. Sie ist unter besonderen gesellschaftlichen, historischen und politischen Bedingungen entstanden, wie sie anderswo nicht anzutreffen sind. Darüber hinaus ist es wohl so, dass jedes Land seinen eigenen Weg in der Entwicklung und Fortentwicklung seiner demokratischen Einrichtungen suchen muss, und zwar auf der Basis seines eigenen kulturell-politischen Erbes und seiner bestehenden Institutionen. Ist die schweizerische Direktdemokratie daher kein Exportmodell, so ist sie immerhin ein Gegenstand des Dialogs. Die mit ihr gemachten historischen Erfahrungen lassen sich diskutieren. Ich stelle Ihnen deshalb folgende sieben Thesen zur Diskussion:

1. Bürgerinnen und Bürger sind fähig zur Mitwirkung. Ihr Wille zur Teilnahme und die Wirkung der Beteiligung hängen wesentlich davon ab, ob die Willensäußerung der Bürgerschaft auch rechtlich oder politisch wirksam ist.
2. Die allmähliche Anreicherung der repräsentativen Demokratie mit Elementen direkter Demokratie ist heute in vielen Ländern zu beobachten. Dabei dürfte es sich empfehlen, unten, also auf lokaler Ebene, zu beginnen. Das bringt verschiedene Vorteile: Es erlaubt, die Innovation der Bürgerbeteiligung mit begrenztem Risiko anzugehen und die beste Praxis im Vergleich und durch „trial and error“ zu ermitteln.
3. Neue Formen der Bürgerbeteiligung knüpfen an bestehenden Ansätzen an, beinhalten relevante Probleme und finden in ruhigen politischen Gewässern statt.
4. „Keep it simple“, zu Deutsch „bleibe einfach“, ist ein überaus wichtiger Grundsatz. Er gilt für das institutionelle Verfahren wie für die inhaltliche Problematik. Je komplizierter das Verfahren, und je komplizierter eine politische Streitfrage behandelt wird, desto weniger beteiligen sich untere soziale Schichten, und desto stärker ist Mitwirkung von den Vorstellungen und Interessen der Mittelschicht geprägt. Dies gilt insbesondere für die freiwillige Mitwirkung in Planungs- oder Vollzugsprozessen.
5. Die Mitwirkung in Planungs- wie in Vollzugsprozessen muss früh ansetzen. Mitwirkung bringt der Bürgerschaft keine Entscheidungsmacht. Sie kann aber den Bürgerinnen und Bürgern Definitionsmacht vermitteln, wenn Behörden bereit sind, die Präferenzen und Interessen der Betroffenen als politischen Auftrag zu verstehen, der möglichst früh in die Definition dessen eingeht, was überhaupt als Problem zu lösen ist.
6. Politische Parteien haben eine große Verantwortung in der direkten Demokratie. An ihnen liegt es, dass direkte Demokratie

weder in die Hände einer „Partizipationsindustrie“, wie etwa in Kalifornien, noch von Populisten fällt, wie wir das manchmal in der Schweiz heute sehen.

7. Direkte Demokratie hat nicht nur Auswirkungen auf konkrete Einzelentscheide. Längerfristig erhöht sie die Legitimation des Politiksystems. Dies bildet einen Anreiz für weitsichtige politische Eliten, von ihrer Macht etwas abzugeben und „mehr Bürgerbeteiligung zu wagen“.



PODIUMSDISKUSSION

KURT BECK,
MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

TIM GULDIMANN,
BOTSCHAFTER DER SCHWEIZ IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

PROFESSOR DR. WOLF J. LINDER,
UNIVERSITÄT BERN

PROFESSOR DR. GERD MIELKE,
JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT MAINZ

ANNA WOHLFAHRTH,
BÜRGER-FORUM 2011, BERTELSMANN STIFTUNG

MODERATION:
PROFESSOR DR. THOMAS LEIF,
SWR, CHEFREPORTER FERNSEHEN

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Professor Dr. Linder, Sie haben uns jetzt eine wunderbare Vorlage geliefert, um einzelne Positionen zu diskutieren. Ich möchte aber einsteigen mit dem deutschen demokratischen Modell, weil das zunehmend von der politischen Klasse durchaus kritisch gesehen wird. So sorgt sich Bundespräsident Christian Wulff um die deutsche Demokratie, sagt er, und möchte die Vitalisierung der Demokratie zur Kernaufgabe seiner gesamten Amtsperiode machen. Er sieht eine zunehmend tiefere Kluft zwischen Gewählten und Wählern. Er macht sich wirklich Sorgen darum, deshalb wird er unter anderem auch von unserer Diskutantin hier am Tisch beraten.

Es gibt aber auch andere Stimmen. Der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier glaubt, es gibt eine Erosion der Demokratie. Das sind alles Vokabeln, über die wir schnell hinweghören, aber wenn man tiefer einsteigt, wird deutlich, die Signale der Kritik und der Aufmerksamkeit sind in den vergangenen Jahren immer intensiver geworden. Damit geht auch der Wunsch einher, dass direkte Beteiligung nicht nur in Form von Volksbefragungen und Volksentscheiden praktiziert werden sollen, sondern auch andere Aktivitäten zur Stimulierung der demokratischen Mitwirkung möglich sein sollen.

Ich möchte in der ersten Runde, damit Sie einen Eindruck von den Diskutanten bekommen können, einmal abklären, zunächst bei Herrn Beck, was sich in Deutschland geändert hat. Was ist Ihr Eindruck? Was hat sich in Deutschland geändert, dass plötzlich mehr Druck von unten kommt und viele Bürger nicht mehr nur mit der Wahl alle fünf Jahre zufrieden sind?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Zunächst einmal glaube ich, dass Demokratien reifen und mit der Reife einer Demokratie auch legitimerweise eine intensivere Betei-

ligung derjenigen, von denen alle Macht in der Demokratie ausgeht, also der Bürgerinnen und Bürger, eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Die Frage ist, in welchen Schritten und in welcher Balance mit den repräsentativen Elementen dies geschehen kann.

Der zweite Punkt ist, dass die Kritik an der Politik sehr viel damit zu tun hat, dass es immer mehr Prozesse gibt, die scheinbar durch die Gewählten überhaupt nicht beeinflusst werden oder ihnen nicht mehr zugetraut wird, dass sie sie beeinflussen können. Denn diese Prozesse hängen mit internationalen und wirtschaftlichen Entwicklungen und mit finanzpolitischen Entscheidungen auf Ebenen zusammen, von denen man fragt, was ein Landtag oder der Bundestag an diesen Stellen überhaupt noch bewirken können. Ihnen wird also eine gewisse Ohnmacht, verbunden mit einer wachsenden Kritik und Distanz zugeordnet.

Niemand wird die internationale Verflechtung der Welt infrage stellen können. Umso mehr ist es aber notwendig, dass man dort, wo man Einfluss und Entscheidungskompetenz hat, die Menschen mit einbezieht und über unterschiedlichste Ansätze an der Verantwortung beteiligt. Auf diese Art und Weise wird ein Teil des Fundaments wiederhergestellt, auf dem Demokratie letztendlich aufgebaut ist. In diesem Prozess sind wir in Deutschland gerade. Wir sind noch auf der Suche, wir haben keine solche gewachsene Basis wie die Schweiz, aber ich nehme diese Suche sehr ernst und möchte, dass sich Rheinland-Pfalz daran beteiligt.

Professor Dr. Thomas Leif:

Sie gelten als ein Politiker, der sehr stark intuitiv arbeitet und Dinge wahrnimmt und das seit vier Jahrzehnten. Wie empfinden Sie diesen Druck persönlich, wenn Sie zum Beispiel an der Hochmoselbrücke stehen und mit massiven Bedenken der Bürger konfrontiert werden, die diese Riesenbrücke nicht wollen? Wie empfinden Sie diese Veränderung von Politik in den vergangenen Jahren?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Gut, das ist natürlich eine Zweifelsfrage, weil es natürlich auch Realität ist, dass das Neinsagen wahrgenommen und das Ja-sagen kaum wahrgenommen wird. Deshalb bin ich vorsichtig mit solchen Urteilen. Gerade die Hochmoselbrücke ist ein typisches Beispiel dafür, dass bundesweit sehr populistische Elemente eine Rolle gespielt haben und vor Ort die Mehrheit der Bevölkerung eine andere Haltung hat. Davon bin ich fest überzeugt. Umso klüger wäre es sicher gewesen, zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt als dem jetzigen – wenn man sich schon im Bau befindet, kann man schwerlich eine Ruine dort hinstellen – darüber nachzudenken, ob nicht eine intensivere Beteiligung zu einer Klärung dieser Frage hätte beitragen können. So hätte man eine ganz andere Entscheidungsgrundlage bzw. Legitimation gehabt.

Professor Dr. Thomas Leif:

Frau Wohlfarth, Sie haben quasi das größte „Ersatzparlament“ in Deutschland aufgelegt, nämlich das Bürgerforum 2011 der Bertelsmann Stiftung. Es ist ungewöhnlich wenig darüber berichtet worden für Bertelsmannstiftungstypische Veranstaltungen. Was ist Ihre Erfahrung? Sie haben mit ganz vielen Menschen Kontakt, die sich politisch einschalten und Bürgerdialoge wollen. Wie würden Sie das zusammenfassen, wie intensiv ist der Zorn der Bürger auf das klassisch etablierte parlamentarische System?

Anna Wohlfarth:

Nein, Herr Leif, das eine ist, wir haben eben kein „Ersatzparlament“ etabliert, sondern verstehen das wirklich als eine komplementäre Unternehmung. Das andere ist, dass ich aus den Erfahrungen, die wir mit den Bürgern gemacht haben, sagen kann, es gibt eine Vertrauenskrise. Man glaubt einfach, dass die politische Klasse die Probleme heute nicht mehr lösen kann. Und da muss man auch die Bürger ein Stück weit kritisieren, denn dieses Urteil beruht meist darauf, dass sie gar nicht ein-



Anna Wohlfarth

schätzen können, wie schwierig es ist bei zunehmend komplexen Themen so manche Entscheidungen zu treffen. Genau da haben wir versucht anzusetzen, damit ein Lernprozess von beiden Seiten entsteht. Ich glaube, sowohl die Politik muss sich für neue Formen der Beteiligung öffnen, aber auch Bürger müssen verstehen, dass Politik nicht immer so einfach funktioniert.

Professor Dr. Thomas Leif:

Aber waren Sie nicht überrascht, wie stark der Druck ist? Wenn ich das berücksichtige, was ich gelesen habe, dann bringen die am Gemeinwohl interessierten Bürger doch im Grunde eine zunehmend geringere Akzeptanz gegenüber den etablierten Formen der Beteiligung auf.

Anna Wohlfarth:

Ja, ich glaube, was das Bürgerforum auszeichnet ist, die Teilnehmer müssen nicht etwas schon Bestehendes kommentieren, sondern sie müssen eigene Inhalte entwickeln. Im ersten Moment

kommen alle an und sagen: Wir wollen die Welt verändern. Und dann merken sie auf einmal, wie schwierig das ist, wie schwierig es ist, sich überhaupt in der Gruppe auf einzelne Themen zu einigen.

Natürlich stimme ich Ihnen zu, am Anfang ist das relativ scharf, aber dann verändert sich die Einstellung der Teilnehmer sehr schnell, weil sie merken, oh Gott, wie schwierig sind diese demokratischen Aushandlungsprozesse. Man muss dazusagen, wir haben ein Verfahren gewählt, bei dem wir die Teilnehmer zufällig ausgewählt haben. Ich glaube, das ist ein bisschen der Unterschied zu Rheinland-Pfalz und zu Ihren Reformen. Wir wollen gerade die Menschen beteiligen, die normalerweise nicht dabei sind, also ferne Bildungsschichten. Insofern gab es eine Zufallsauswahl, wobei es sich nicht um die Hypermotivierten gehandelt hat, sondern Menschen dabei waren, die mit der Politik ganz neu in Kontakt gekommen sind, was schwer ist.

Professor Dr. Thomas Leif:

Die Frustration ist aus Ihrer Sicht bei dieser Gruppe nicht so groß, wie man allenthalben annimmt?

Anna Wohlfarth:

Ich glaube, der Frust ist insofern groß, als dass sie sich einfach nicht angesprochen fühlen. Ich glaube, gerade die Kluft zwischen bildungsfernen Gruppen und der Politik ist unglaublich groß, auch weil es an Angeboten fehlt. Selbst die Bertelsmann Stiftung und die Initiative des Bürgerforums haben es nicht wirklich gut geschafft, diese bildungsfernen Gruppen zu integrieren. Das ist ein Thema, das uns noch beschäftigen sollte. Das ist auch das, was Sie gesagt hatten, Herr Linder, dass diese Prozesse inklusiv sein sollten, das heißt, dass wir uns große Mühe geben sollten, damit diese bildungsfernen Gruppen dabei sind, damit erst gar kein Frustpotenzial entsteht. Viele sind politisch gar nicht so aufgeladen, weil ihnen das Thema so fern ist, was sehr schade ist.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Professor Mielke, Sie sind ein Anhänger der politisch-strukturellen Analyse. Was, glauben Sie, hat sich in jüngster Zeit auch kulturell in Deutschland geändert, dass jetzt dieser Beteiligungsdruck so stark nach oben dringt und die Legitimationsfrage der Politik nicht nur von Ministern und dem Bundespräsidenten aufgeworfen wird?

Professor Dr. Gerd Mielke:

Wir bei uns im Institut untersuchen – wenn man das einmal so plakativ sagen kann – seit vielen Jahren und vielen Studien die politische Kultur der Bundesregierung. Ein auffälliger Trend wird dabei immer wieder sichtbar: Im Laufe der letzten 20 bis 30 Jahre hat sich ein Element der politischen Kultur wirklich dramatisch verändert: Der Wunsch nach politischer Teilhabe ist ganz deutlich angewachsen. Dieser Wandel führt umgekehrt auch dazu, dass bei politischen Entscheidungen, die ohne Teilhabemöglichkeiten der Bürger zustande gekommen sind, die Wahrscheinlichkeit ansteigt, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung zum Widerspruch oder gar zu manifestem Widerstand übergeht. Ich will das einmal so vorsichtig sagen.

Vor diesem Hintergrund kann man in Deutschland in der Tat einen Kulturwandel feststellen. Die ersten Studien zur politischen Kultur in den 50er- und 60er Jahren – vor allem die berühmte amerikanische Civic-Culture-Studie haben Deutschland noch als Untertanenkultur bezeichnet. Da hieß es sinngemäß, die Deutschen seien sozusagen die klassischen Untertanen, stets eher an passivem Gehorsam als an aktiver Teilhabe ausgerichtet. Dies hat sich ganz deutlich verändert. Damit schließe ich an einem Punkt an, den Herr Linder vorhin angesprochen hat. Wenn man diesen Wandel der politischen Kultur nicht berücksichtigt, dann kommt es zu einer fahrlässig erzeugten Spannung zwischen politischen Strukturen, also den Institutionen und Verfahren, und der politischen Kultur. Man muss

dann immer damit rechnen, dass bei einem Projekt, bei einem bestimmten Planungsvorhaben, wie etwa Stuttgart 21, plötzlich die Bürger nicht mehr mitmachen, gewissermaßen bocken und sich sozusagen in dem Projekt oder in dem Prozess querlegen und ihm die Legitimität absprechen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Ist dieser Kulturwandel, von dem Sie sprechen, noch aufhaltbar, oder müssen wir uns damit abfinden, dass diese Partizipationswünsche jetzt unumkehrbar sind?

Professor Dr. Gerd Mielke:

Politische Kultur ändert sich immer nur ganz langsam, zumeist im Generationenwechsel. Deshalb wird dieser Wunsch nach politischer Teilhabe auf absehbare Zeit als Erwartung der Bürger an die Politik wirksam bleiben.

Ich möchte deshalb noch hinzufügen: Ich ärgere mich immer ein bisschen, wenn man diese partizipationsorientierten Bürger mit Titeln wie „Wutbürger“ und Ähnlichem bezeichnet. Das halte ich für eine diffamierende Bezeichnung. Es ist genauso, wie wenn sich jemand bei heißem Wetter einen Pelzmantel anziehen soll und sich dagegen wehrt. Dann kann man auch nicht sagen: Der macht das nicht, der ist von wütendem Natur, der ist ein „Wutbürger“. Von daher ist es sinnvoller zu fragen, inwiefern die Verfassungen, die politischen Institutionen und Prozeduren in Deutschland überhaupt korrigierbar sind, inwiefern neue Elemente der politischen Teilhabe aufgenommen werden können.

Ich sehe zudem eine interessante, fast ironische Pointe im politischen Raum. Bei dem, was Herr Linder und auch der Herr Botschafter sagten, wird immer und auch durchaus zu Recht darauf verwiesen, dass die Schweiz aus der Tiefe des historischen Raums



Professor Dr. Gerd Mielke

ihre Traditionen der direkten Demokratie entwickelt hat. Die ironische Pointe besteht nun darin, dass wir uns in der Bundesrepublik in der Moderne auf der Ebene der politischen Kultur deutlich auf die Schweiz zubewegen. Aber wir verfügen nicht über das Schweizer Verfassungs- und Institutionengefüge, in dem die politischen Teilhabewünsche der Bürger eine konstruktive und positive Rolle spielen können. Deshalb glaube ich auch nicht, dass nur eine konsultative oder eine im Vorfeld die Bürger einbeziehende Diskussionsatmosphäre – wie die Bertelsmann Stiftung das angeht oder wie Herr Geißler das im Sinn hat – diese stete Spannung zwischen Strukturen und politischer Kultur abbaut, sondern über kurz oder lang muss man so etwas – Herr Linder, ich glaube, Sie haben das irgendwo geschrieben – wie eine halbdirekte Demokratie erfinden.

Professor Dr. Thomas Leif:

Das ist ein guter neuer Begriff „halbdirekte Demokratie“. Darauf kommen wir noch zu sprechen.

Herr Guldemann, wie blicken Sie auf Deutschland als Botschafter? Sie müssen sich die deutsche Szene anschauen. Wie stark nehmen Sie den parlamentarischen Druck wahr, der jetzt auf dem Parlament lastet, dass die Bürger mehr Beteiligung fordern und es auch sehr scharfe interne Kritik gibt, etwa des Bundestagspräsidenten? Sind das Motive und Analysen, die Sie in die Schweiz melden und die Ihnen wichtig erscheinen?

Botschafter Tim Guldemann:

Sie erscheinen mir sicher wichtig, sie zu melden, na ja, vielleicht würde sie jemand lesen.

Ich glaube, es gibt schon große Unterschiede. Wir haben jetzt im Zusammenhang mit der Haltung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, Stichwort Sarrazin, eine ganz interessante Entwicklung in Deutschland. Plötzlich wird es zum politischen Argument, dass man sagt: „Es muss doch gesagt werden dürfen, dass ...“ Das heißt, es besteht ein Unbehagen und das Bedürfnis, dass man das einmal ausspricht, weil diejenigen, die das tun, den Eindruck haben, von der politischen Klasse wird das nicht aufgenommen.

Wenn man sich das Problem der – wie wir es in der Schweiz nennen – „Überfremdung“ anschaut, dann kann man sicher Tendenzen in der Schweiz finden, die ich als sehr negativ bezeichnen würde, beispielsweise die Minarettinitiative. Gleichzeitig aber muss man sehen, dass das System in der Schweiz die Chance bietet, den Bürgern mit solchen Positionen zumindest die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen vor- und zur Abstimmung zu bringen. Das führt zu negativen Konsequenzen wie jetzt diese Minarettinitiative, und wir wissen noch nicht recht, wie wir damit umgehen; denn sie steht nach meiner Auffassung höchstwahrscheinlich im Widerspruch zu den europäischen Menschenrechten. Das müsste geklärt werden. Jemand, der sich betroffen fühlt, kann durch den Rechtsweg in der Schweiz bis zum Bundesgericht

und von dort nach Straßburg gehen und würde wahrscheinlich recht bekommen. Dann hätten wir ein Problem. Aber gleichzeitig besteht die Politikverdrossenheit nicht in dieser Frage.

Unter dem Strich halte ich es für positiv, dass man die Bürger bei ihrer Betroffenheit in unserem System dort abholen kann, wo sie den Eindruck haben: „Wir haben etwas zu sagen.“

Professor Dr. Thomas Leif:

Sie machen das Ventil etwas auf und lassen Druck aus dem Kessel. Das alleine ist schon ein Wert an sich aus Ihrer Sicht?

Botschafter Tim Guldemann:

Das ist eine sehr gefährliche Formulierung; denn Sie sehen sich in dieser Formulierung als Souverän, der dem Volk etwas erlaubt. Es geht um etwas ganz anderes. Es geht darum, dass das Volk der Regierung etwas nicht erlaubt.

Die Formulierung von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“: Wer wagt da eigentlich?

Professor Dr. Thomas Leif:

Vielleicht das Parlament zum Beispiel?

Botschafter Tim Guldemann:

Nein, das Volk sollte doch a priori die Souveränität haben. Sie können doch nicht wie Ludwig der XIV. sprechen, ob es vielleicht doch besser ist, etwas dem Volk zu geben, aber ja nicht zu viel.

Professor Dr. Thomas Leif:

Aber Sie haben ja selbst auch erwähnt, was wäre denn zum Beispiel, wenn wir die Sarrazin-Position in ihrer Schärfe und Blüte in

Deutschland mit bestimmten Konsequenzen zur Abstimmung stellen würden, Herr Beck? Was würde in Deutschland passieren? Die Frage wird man doch noch stellen dürfen, oder?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Ich warne ein bisschen davor, dass wir an solchen Beispielen die faktische Unmöglichkeit eines objektivierten Entscheidens der Bürgerinnen und Bürger versuchen nachzuweisen. Wir müssen erst lernen, mit solchen komplexen Fragen, die nicht mit ja oder nein, Zuwanderung ja oder nein, zu beantworten sind, umzugehen. Diese Erfahrungswelt muss zuerst einmal wachsen und davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Wenn man von jetzt auf gleich in solch emotionalen Fragen einen Bürgerentscheid in Deutschland machen würde, fürchte ich, dass die Entscheidung in einem bestimmten Medienhaus in Berlin getroffen würde und nicht aus einer wohlüberlegten Abwägung heraus. Ich bin genauso sicher, dass man das lernen kann. Dazu muss man sich aber an dieses Thema heranwagen.

Verehrter Herr Botschafter, da wage ich Ihnen zu widersprechen. Zunächst einmal bewegen wir uns auf der Basis einer Verfassungsgrundlage in Deutschland, die die repräsentative Demokratie kennt und auch keine schlechte Erfahrung damit gemacht hat. Weder die Schweiz noch Deutschland haben mit ihren jetzigen Demokratieformen schlechte Erfahrungen gemacht. Insoweit müssen wir daraus einen Prozess organisieren, der nicht gönnerhaft nach dem Motto „Der Staat bin ich“ stattfindet und fragt, „Was wollt ihr denn an Mitwirkung?“, sondern der die Bereitschaft mitbringt, die Verfassung zu öffnen. Das muss auch als Bringschuld von den demokratisch legitimierten Ebenen ausgehen, die wir haben.

Wir müssen uns in einen solchen Dialog hineinflinden. Frau Wohlfarth hat vorhin eine partizipative argumentative Beteiligung

angesprochen. Ich denke, die gehört genauso dazu wie eine rechtliche Öffnung, wobei dann ausgetestet werden muss, was die Menschen annehmen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Das hört sich ein bisschen an wie eine ganz langsame und vorsichtige Anreicherung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Elemente in einem langsamen, vorsichtigen Prozedere. Habe ich das richtig verstanden?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Ja, weil ich glaube, dass wir keinen Grund haben, jetzt einen revolutionären Prozess zu machen. Wir müssen uns auf veränderte Haltungen von vielen Menschen einstellen und mit ihnen kommunizieren, um einen Weg zu suchen, wie sie stärker eingebunden werden können. Das sollte schrittweise vorangehen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Damit wir aber in der Kürze der uns heute verfügbaren Zeit vorkommen, müssen Sie jetzt schon „Milch geben“, wie es so schön in der Pfalz heißt. Sie müssen uns sagen, welches der direktdemokratischen Verfahren Ihnen persönlich am liebsten ist, für das Sie – na, sagen wir, das größte Faible haben, was Sie am ehesten überzeugt.

Ministerpräsident Kurt Beck:

Zunächst einmal sollten wir die Instrumente, die wir haben, anwenderfreundlicher machen, also Bürgerinitiative, Bürgerentscheid, wie sie beispielsweise in unserer Verfassung stehen, und die wir in den Ausgestaltungen der Negativ- oder Positivkataloge überprüfen müssen. Ich sage bewusst überprüfen und nicht einfach über Bord werfen, weil ich noch sehr intensiven Diskussions-

bedarf über außen- und verteidigungspolitische Fragen usw. habe. Wie weit kann man gehen? Wie bekommen wir es hin, dass Beteiligungen letztlich nicht am EU-Recht scheitern? Das kann einmal im Einzelfall passieren, davon geht die Welt nicht unter. Anders ist es, wenn es regelmäßig so ist, dass die Menschen sagen, jetzt haben wir uns entschieden, und dann ist das nicht kompatibel mit den Beihilferegulungen, beispielsweise der Europäischen Union. Ich glaube, deshalb muss man das noch sehr sorgfältig ausloten, also nicht einfach alle Kataloge über Bord werfen, aber sehr intensiv daran arbeiten, die Themen deutlich auszuweiten.

Dann kommt – das wäre mein erster Ansatz, den wir mit der kommunalen Verwaltungsreform versucht haben umzusetzen – das Beschreiben von Themen. Dies erfolgt entweder aus der Mitte der Bürgerschaft, von Initiativen, von Bürgergruppen oder auch aus der organisierten Politik heraus oder von Parteien her, beispielsweise: Wie sieht es mit der Demografie aus? Wie stellen wir uns hinsichtlich unserer Verwaltungsstrukturen und unserer kommunalen Organisationsstrukturen darauf ein? Danach wird ein Diskussionsprozess zu führen sein, innerhalb dessen ich dann schon Bürgerforen, Bürgergespräche und konkrete Vorschläge unter einer Organisationsform erwarte, die nicht von der Politik bestimmt wird. Auf dieser Grundlage ist aus meiner Sicht dann wieder die organisierte Politik an der Reihe, einen Gesetzesentwurf zu machen und abzugleichen. Ein Bürgerentscheid kann dann anhand eines festzulegenden Quorums – das ist übrigens viel schwieriger als man denkt – erfolgen, wobei eine Abgrenzung gefunden werden muss, wer entscheiden darf.

Bei Gesetzesinitiativen ist das relativ einfach: das Volk von Rheinland-Pfalz. Bei konkreten Einzelmaßnahmen ist es schon viel schwieriger. Wen lassen Sie entscheiden? Die Menschen im unmittelbaren Einflussbereich oder andere, die davon partizipieren? Über all diese Fragen muss man noch reden.



**Ministerpräsident
Kurt Beck**

Ich habe gesagt, am Anfang könnte ich mir so etwas wie eine Gruppe von Persönlichkeiten vorstellen, die nicht mehr im politischen, wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen oder gesellschaftlichen Bereich unmittelbar Verantwortung haben, und dann so etwas wie eine Schiedsfunktion über die Abgrenzung des Bereichs vornehmen, in dem entschieden wird.

Weiterhin muss dann auch die Möglichkeit gegeben werden, dass in verschiedenen Planungsschritten die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidung wieder an sich ziehen können. Wenn sich niemand darum streitet, muss man kein riesiges Verfahren auflegen. Wenn aber Zweifel da sind, dann sollte es ein Quorum geben – je größer der Entscheidungsbereich, desto kleiner die Prozentzahlen. Auf dieser Basis sollte dann verlangt werden können, dass über ein Projekt, je nach Komplexität, in der ersten, zweiten und/oder dritten Planungsphase entschieden werden kann. Dafür würde ich dann allerdings gerne prüfen lassen, ob und wie die Abläufe insgesamt überschaubar gestaltet werden können.

So sieht in etwa die Struktur aus, wie ich sie mir vorstelle und wie man sie auch praktizieren kann.

Professor Dr. Thomas Leif:

Das würde ich gerne einmal von Professor Linder taxieren lassen, was er als Urschweizer davon hält. Wäre das das Demokratiemodell, das man auch als halbdirekte Demokratie durchgehen lassen könnte?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Ja, ganz sicher. Ein solches Modell verbindet repräsentative und direkte Demokratie. Auch in der Schweiz ist es so, dass das Volk nur zu den wichtigsten Entscheiden etwas mitentscheiden kann, etwa im Verfassungsreferendum. Bei den wichtigeren ist es normalerweise das Parlament, und in den unwichtigen stimmt es überhaupt nicht mit.

Wenn ich jetzt aber auf dieses Entwicklungsmodell komme, dann wäre es spannend – da sehe ich mit Interesse, dass Herr Beck zunächst einmal an das Bestehende anknüpfen möchte – für mich als Schweizer Politologe zu sehen, wie das in Deutschland abläuft, wo wir die direkte Demokratie mit verbindlichen Entscheiden nicht haben, dafür aber sehr interessante und vielfältige Formen der Bürgermitwirkung gemacht worden sind, von Planungsfällen und all diesen Dingen. Da ist sehr viel Wind drin. Ich denke, das sind Erfahrungen, die man sammeln muss.

Ich komme jetzt noch auf den Kulturunterschied zu sprechen. Wenn ich sehe, dass in deutschen Ländern für Volksentscheide 20 Prozent Stimmen gesammelt werden und die Menschen auf das Amt gehen müssen – bei uns zirkulieren die Zettel auf dem Marktplatz und der Behörde, und es ist 1 Prozent der Menschen notwendig –, so ist das ein unendlicher Weg weg vom Obrighkeitsstaat. Das sind Dinge, die geändert werden müssen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Frau Wohlfarth, wie würden Sie das Modell, das Herr Beck als Entwicklungsmodell bezeichnet hat, bewerten, wenn Sie die Stimmen aus Ihren Bürgerforen mit einbringen? Wären die Bürger, die dort mitgearbeitet haben, mit diesem Angebot der Mitwirkung zufrieden?

Anna Wohlfarth:

Ja, ich glaube, es geht schon ein bisschen darum, den Druck herauszunehmen. Ich glaube, was wir mit diesem Bürgerforum erreicht haben ist, dass die Menschen einen Lernprozess eingegangen sind und auch gemerkt haben, es funktioniert nicht so schnell. Ich glaube – das missfällt mir persönlich auch in den momentanen Debatten –, dass Bürgerbeteiligungen die Stimmung hervorrufen: Jetzt ist der Druck da, jetzt müssen alle reagieren. Sie hatten es vorhin angesprochen. Wir sollten den Druck eher ein bisschen herausnehmen. Da stimme ich Ihnen zu.

Nichtsdestotrotz ist es schon unglaublich wichtig, die Menschen ernst zu nehmen. Das ist beides wieder auf beiden Seiten zu sehen. Bürger müssen selbst besser formulieren, was sie eigentlich wollen; denn das ist auch so eine Sache, Bürger verstecken sich schnell – jetzt reden wir wieder so über die Bürger – hinter ihren recht plakativen Forderungen. Auf der anderen Seite ist die Rhetorik der Politiker so geprägt, dass sie sagen ja, ja, das wollen wir, und wenn man dann die Teilnehmer oder Bürger befragt – es wurden gestern die Ergebnisse einer Studie der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht – dann glauben sie nicht daran, dass die Politiker das ernst meinen. Nur 22 Prozent glauben, dass Politiker das ernst meinen. Deswegen haben wir gerade eine Situation, dass wir voneinander lernen und sehr realistisch kommunizieren müssen. Ich glaube, da tun sich alle Beteiligten etwas schwer. Was bedeutet Bürgerbeteiligung? Was wollen wir überhaupt?

Professor Dr. Thomas Leif:

Meine Frage noch einmal, wenn Sie die noch beantworten könnten: Wären die Menschen, die bei Ihnen beim Bürgerforum dabei waren, mit einem solchen vorsichtigen soften Ansatz zufrieden? Es gibt ja doch den Hauch von „Sofortismus“. Man liest in allen Studien, die Menschen, die sich engagieren, die Bürger, die wirklich etwas machen wollen, sind sehr anspruchsvoll und nicht leicht mit einer kleinen Anhörung oder so etwas abzuspeisen, sondern sie wollen konkrete Ergebnisse und greifbare Mitwirkungschancen. Wie ist Ihre Erfahrung? Das ist ja der Grund, warum Sie Ihre Erfahrungen mit diesen Aktivisten, die Sie ausgewählt haben, hier einbringen sollen.

Anna Wohlfarth:

Meine Erfahrungen sind ganz unterschiedlich. Es ist ja auch beabsichtigt gewesen, unterschiedliche Teilnehmer einzuladen und nicht nur die Aktivisten. Denn es ist immer schwierig, wenn man nur Aktivisten hat, weil dann der Druck noch extremer ist; denn dann muss man den Aktivisten vielleicht auch noch einmal sagen, dann geht die Wege, geht wieder in die Parteien. Dann müssen sich auch vielleicht die Parteien öffnen. Ich glaube aber, denjenigen um die Parlamente herum ein Angebot zu machen, ist schwierig.

Es gibt die Menschen in den Bürgerforen, die ihre Wege finden. Ich glaube, es ist aber falsch zu denken, dass sie wirklich sofort eine Umsetzung sehen wollen, der Druck von den Teilnehmern ist gar nicht so groß. Die Bürger sind selbst sehr bescheiden mit ihren Lösungen. Wir haben die Bürgerprogramme, die wir in dem Prozess entwickelt oder die die Bürger entwickelt haben. Es sind 25 an der Zahl, das sind ungefähr 150 Lösungsvorschläge, in denen auch die Umsetzung diskutiert worden ist. Die Menschen sind sehr bescheiden. Ich meine, es sind eher die Medien, die dann sagen, sie möchten ganz schnell, dass das umgesetzt wird. Die Bürger sind oft sehr viel bescheidener und sagen selbst, wir

wissen, dass noch weitere Diskussionen nötig sind, und wollen gar keine 1:1-Umsetzung. Da sind sie oft realistischer. Das hatte Herr Linder ja auch bereits gesagt, dass Bürger durchaus eine Kompetenz haben, das zu verstehen. Irgendwann kommt vielleicht einmal ein Volksentscheid – auf dem Weg dahin gibt es viele Möglichkeiten –, aber der muss nicht morgen kommen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Das heißt, der Bundespräsident hat genau diese Botschaft am Schluss im Plenum schon verstanden und ist zurückgerudert; denn er hat ja nicht mehr diese ganz harten Töne ausgesandt wie früher. Die Abschlussrede fiel ja ganz zurückhaltend und betont moderat aus.

Anna Wohlfarth:

Da muss man sagen, da waren die Teilnehmer enttäuscht vom Bundespräsidenten und wir als Team auch. Er hätte nicht sagen müssen, wir setzen das eins zu eins um, aber er hätte vielleicht sagen müssen: „Bürgerbeteiligung muss ein Bestandteil der repräsentativen Demokratie werden.“ Das hat er sich nicht getraut, weil er ganz viel Gegenwind aus Berlin und den anderen Parlamenten bekommen hat.

Professor Dr. Thomas Leif:

Ich erinnere noch einmal an die erste Presseerklärung von Bundespräsident Wulff, gleich am Anfang seiner Amtszeit. Da stehen seine Forderungen noch ziemlich hart drin. Seitdem hat sich viel verändert. Vielleicht ist es auch ein Seismograf, dass sich dieses Thema kaum politisieren lässt.

Anna Wohlfarth:

Jetzt sind wir wieder bei dem Kulturunterschied in Deutschland und auch bei der unterschiedlichen Auffassung, was ein Staats-

bürger ist. Politiker – Herr Beck vielleicht nicht – haben Angst vor Bürgerbeteiligungen. Auch der Bundespräsident hatte Respekt vor dieser doch sehr großen Form von Bürgerbeteiligung. Am Anfang war er sehr mutig, denn er hat sich entschieden, so ein Projekt zu initiieren: ein Projekt, das vorher noch nie in dieser Größenordnung in Deutschland durchgeführt wurde. Im Ablauf des Prozesses ist es dann manchmal aber schwierig immer cool zu bleiben, denn da prasselt doch schon ganz schön was auf einen ein und leider wird meist mehr Kritik als Lob aufgeschrieben. Und dennoch am Ende war der Bundespräsident überrascht von der konstruktiven und realistischen Haltung der Bürger.

Professor Dr. Thomas Leif:

Angst vor Bürgerbeteiligung? Der Ministerpräsident will ein Geständnis abgeben.

Ministerpräsident Kurt Beck:

Nein, mir ist es wichtig zu unterstreichen, dass man sorgfältig damit umgehen muss. Wenn ich mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder Landrätinnen und Landräten diskutiere, fragen die natürlich: „Was ist denn, wenn ich eine neue Restmülldeponie brauche? Wo bekomme ich die denn noch unter?“ – Sie fragen das deshalb, weil sie in Deutschland die Erfahrung gemacht haben, dass wir derzeit eigentlich nur Initiativen haben, die dagegen sind. Dadurch lasse ich mich nicht von meiner Überzeugung abbringen, dass wir mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide benötigen. Ich kann nicht erkennen, dass meine Idee soft ist. Am Ende steht eine dreifache Möglichkeit zum Bürgerentscheid. Härter kann man sich einer Kontrolle nicht unterziehen. Allerdings muss das handhabbar bleiben.

Ich kann einem Kommunalpolitiker, der solche Erfahrungen ständig macht, nicht einfach sagen, seid einmal mutig und macht

mal, weil sie oder er wird dafür geradestehen müssen, dass die Mülldeponie oder was es auch immer sein mag, irgendwo entsteht, und zwar nicht im nächsten Naturschutzgebiet, sondern dort, wo das vertretbar ist. Insoweit verstehe ich die Sorge. Deshalb sage ich noch einmal: Wir müssen das entwickeln. Wir brauchen dann dazu auch eine Kultur der Verantwortung.

Was mir nicht zusagt, ist das Wort von den „Wutbürgern“. Das kann man jeden Tag in Leserbriefen lesen. Ich gehe diesen Dingen oft nach und lasse sie konkret überprüfen, weil ich meine, vieles merkt und sieht man nicht. Da wird zum Teil auch gerechtfertigte Kritik vorgebracht. Zu einem Löwenanteil sind das aber sehr persönliche Standpunkte von Gruppen oder einzelnen Personen, die immer verallgemeinert werden. Deshalb müssen wir zuerst eine Kultur des Mitverantwortens schrittweise entwickeln. Dazu gehört der Informationsblock, das sich Auseinandersetzenkönnen mit unterschiedlichen Meinungen und dann die Heranführung an die Entscheidung. Das ist meiner Meinung nach der entscheidende Punkt. Das hat nichts mit Angst vor den Bürgern zu tun; denn wenn, salopp gesagt, der Laden nicht funktioniert, haben wir natürlich die Kuh geschlachtet, die wir noch lange melken wollen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Sehr gut. – Herr Guldemann, Sie möchten das ergänzen.

Botschafter Tim Guldemann:

Die Frage der Evolution halte ich für sehr wichtig. Wir müssen nicht so tun, als ob die direkte Demokratie von Wilhelm Tell erfunden worden ist, sondern 1848 wurde die Republik gegründet, die eine parlamentarische Demokratie war. Die Instrumente sind 1874 und 1891 hinzugekommen. Interessant ist, dass neben dem jahrelangen, jahrzehntelangen Prozess parallel dazu noch etwas anderes abgelaufen ist: nämlich dass die Regierung

mehr und mehr zu einer Allparteienregierung geworden ist und dass die Bevölkerung, wie das Wolf Linder gesagt hat, zur Opposition der Regierung geworden ist. Das heißt, die Rollen von Regierung als Exekutive und Volk als Opposition sind in dieser direktdemokratischen Verfasstheit unseres Systems als Produkt eines jahrzehntelangen Prozesses angelegt.

Professor Dr. Thomas Leif:

Deshalb ist es nicht mit Deutschland vergleichbar?

Botschafter Tim Guldemann:

Ja. – Dann kommt noch etwas anderes hinzu. Vorhin bin ich vielleicht etwas falsch verstanden worden. Ich sage nicht, direktdemokratische Entscheidungen sind grenzenlos, sondern die Frage ist: Wie bestimmen wir diese Grenzen? – Da gibt es einen Unterschied zu Deutschland. Wir haben aus historischen Gründen in der Schweiz ein größeres Vertrauen zur Demokratie als Sie. Sie haben das Bundesverfassungsgericht, das darüber entscheidet, ob etwas verfassungskonform ist, aber die Verfassung steht so nicht zur Disposition.

Bei uns ist es so, dass theoretisch alles zur Disposition gestellt werden kann und wiederum demokratische Institutionen, nämlich der Bundesrat – die Exekutive –, darüber verfügen können, ob ein Vorschlag zur Veränderung der Verfassung dem Parlament zur Annahme empfohlen wird, damit die Abstimmung darüber erfolgen kann. Die Demokratie entscheidet also über die eigenen Grenzen, was nach dem deutschen Verständnis nicht möglich wäre.

Professor Dr. Thomas Leif:

Wir müssen aber noch auf einen kritischen Punkt zu sprechen kommen. Da alle zu den Entwicklungen so positiv stehen, muss



Professor Dr. Thomas Leif

ich die andere Rolle spielen, nämlich auf die halbdirekte Demokratie verweisen, Herr Mielke.

In Hamburg haben bei der Einführung der sechsjährigen Primarschule nur 21,2 Prozent mitgestimmt. Diejenigen, um die es eigentlich ging, die sogenannten Unterprivilegierten, haben nicht mitgestimmt. Diejenigen, die die Kampagne mit Unterstützung der Medien aus dem Axel Springer Verlag durchgezogen haben, hatten viel Geld und kamen aus einem politisch ohnehin privilegierten Milieu. Ist es nicht sozusagen ein Menektekel, dass man künftig, wenn man die Volksentscheide, die Volksbegehren anstrebt hat, sehr wohl moderne Kampagnenpolitik machen kann? Die Kampagne zum Flughafen Tempelhof in Berlin wurde zum Beispiel von dem Schraubenfabrikant Würth finanziert. Das hat kaum jemand mitbekommen; das weiß bis heute kaum jemand. Das war also eine politische, bezahlte Kampagne. Sehen Sie in Ihrer Analyse diese Probleme, dass sich potente Akteure in der Gesellschaft Zustimmung „kaufen“ können?

Professor Dr. Gerd Mielke:

In Deutschland gelten Volksentscheide oder Initiativen ja zunächst als Ausnahmen oder gar als politische Krisensymptome. Wenn bei uns ein Volksentscheid ansteht, ist immer gleich ein ganz großer Alarmfall gegeben. Dabei ist das Entscheidende bei der Hinwendung zu dieser Kultur der Teilhabe und der Mitwirkung, dass dies als Normalfall angesehen wird. Volksentscheide können schon spannende Themen betreffen, aber als Prozedur sind sie unspektakulär – Herr Linder, Sie haben das in Ihrer These auch angesprochen – und laufen in einem ruhigen Ambiente ab. Sicherlich gibt es die Möglichkeit, dass mediale Kampagnen veranstaltet werden und auch die Entscheidung der Bürger beeinflussen. Das ist in einer Mediendemokratie völlig unvermeidlich und auch in Ordnung. Aber dennoch gilt: Volksentscheide oder Volksinitiativen sollten etwas Alltägliches, etwas Normales in der Demokratie sein. Abgesehen davon kann ich mich auch noch an den einen oder anderen Wahlkampf auf der Landesebene oder der Bundesebene erinnern, bei dem solche medialen Kampagnen ebenfalls abgelaufen sind.

Professor Dr. Thomas Leif:

Sorry, Herr Mielke, ein ruhiges Ambiente gibt es nicht. Schauen Sie sich die Guttenberg-Kampagne an. Schauen Sie sich andere politischen Kampagnen an. Wir leben in einer Zeit, in der sich bestimmte Medien mit klaren Positionen konsequent einschalten. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen.

Professor Dr. Gerd Mielke:

Das nehme ich schon zur Kenntnis. Es geht ja auch nicht darum, Volksentscheide nur in paradiesischer Ruhe und philosophischer Gelassenheit zu veranstalten. Streit, Polemik und das Aufeinanderprallen von unterschiedlichen Interessen und auch unterschiedlichen Ressourcen gehören zur Demokratie. Es stellt sich

aber doch die Frage, ob sich alle auf diese Bürgerentscheide als Normalfall und eben nicht als krisenhafte Ausnahme einstellen. Das heißt, bei den Beispielen in Hamburg oder Berlin bestand das Problem darin, dass sich bestimmte Seiten ganz besonders stark aufmunitionierten und die Streitfragen als Krisenentscheidungen inszenierten. Das ist ein Problem, das beispielsweise auch in Kalifornien bei einigen Volksentscheiden immer wieder stark hervorgetreten ist. Da steigen bestimmte Interessengruppen mit viel Geld und viel Propaganda ein. Das sind sicherlich Phänomene, mit denen man rechnen muss, die man aber im Laufe der Zeit und vor allem bei regelmäßigem Einsatz direktdemokratischer Verfahren meiner Meinung nach besser kontrollieren kann.

Das Entscheidende ist, dass bei uns im Augenblick immer noch die Diskussion von dem Aspekt beherrscht wird: Da steht eine Volksinitiative, ein Referendum in der Debatte, und das ist ein skandalöser Ausnahmefall. Davon muss man nach meiner Ansicht wegkommen. Direktdemokratische Verfahren sind ein ganz normaler Teil der politischen Beteiligung, der auch mit fünf, zehn oder zwanzig Referenden ohne große Protestkampagnen ablaufen kann. Dann wird sich das erregte Klima auch schnell beruhigen.

Ich möchte noch eine scherzhafte Anregung machen. Ich meine, es wäre das allerbeste Mittel zur Eingewöhnung in den direktdemokratischen Alltag, wenn sich ein Bundesland hier – den Hamburgern stünde das nicht schlecht an, aber auch uns in Rheinland-Pfalz stünde das nicht schlecht an – einmal für fünf Jahre als Gastkanton in der Schweiz anmelden würde. Dann wäre das Problem wesentlich besser und ohne alle hypothetische Dramatik zu lösen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Professor Linder, Sie haben in Ihrem Referat und in Ihren Thesen schon die Gefahr der Instrumentalisierung angedeutet.

Wenn Sie die Kampagnenfähigkeit in Deutschland, die in diesem Land vorhanden ist, einmal taxieren würden, spricht das nicht ganz objektiv gegen eine weitere Protektion von direkten Verfahren?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Es geht jetzt gerade um die Frage der Käuflichkeit von Abstimmungen. Wenn wir ins Ausland sehen, finden wir in Kalifornien ganz sicher eine käufliche Abstimmungsindustrie. Sie ist das aber nur deshalb geworden, weil die Bürger über Dinge abstimmen können, die sie nicht bezahlen müssen. Das ist der entscheidende Unterschied. In der Schweiz funktioniert das deshalb, weil wir die so genannte fiskalische Äquivalenz haben. Bürger auf der lokalen Ebene können etwas verlangen, aber sie müssen es auch bezahlen. Das gilt für die kantonale Ebene auch. Das ist unser fiskalischer Föderalismus, der ganz wichtig ist. Dann sind das Entscheidungen, bei denen sich die Bürger sehr gut überlegen und auch fähig sind zu überlegen, ob sie in ihrem Kanton ein neues Spital wollen, das eine halbe Milliarde Franken kostet, oder ob es 250 Millionen Franken auch tun.

Professor Dr. Thomas Leif:

Können Sie den Gleichheitsgrundsatz noch etwas austapezieren?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Ja, ich komme darauf noch zu sprechen.

Jetzt noch einmal zur Käuflichkeit. Es gab auch in der Schweiz Abstimmungen, bei denen man nachweisen konnte, dass Propaganda ein wichtiger Faktor war, die das Zünglein an der Waage war. Die relevante Frage ist, ob es leichter ist, eine Abstimmung oder eine Parlamentsmehrheit zu kaufen. Das ist der Vergleich, den Sie ziehen müssen.



Professor Dr. Thomas Leif:

Wie würden Sie diese Frage beantworten?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Für mich ist die Antwort klar. Wenn ich Werbeberater bin, weiß ich, dass ich als Lobbyist im Bundeshaus eher die fehlenden 20 Stimmen herbeischaffen kann als die fünf Prozent Stimmen, die mir bei einer Volksabstimmung fehlen. Das ist viel billiger, viel einfacher, viel erfolgreicher und viel diskreter.

Professor Dr. Thomas Leif:

Ist das auch die Analyselage der Bertelsmann Stiftung?

Anna Wohlfarth:

Da wir gerade über die Volksanteile sprechen, nenne ich eine aktuelle Zahl von gestern: 78 Prozent der Bevölkerung wollen

nach einer repräsentativen Umfrage Volksentscheide. In meinen Augen ist das ein unglaublich hoher Anteil. Ehrlich gesagt tue ich mich da auch mit meinem eigenen Haus schwer, weil die Gefahr der Propaganda und der Instrumentalisierung in Deutschland deshalb so hoch ist, weil wir diese Kultur nicht haben. Weil das kein gängiges Modell ist, hätten wir, wenn wir jetzt die Entwicklung, so wie Sie sie vorhin beschrieben haben, zu schnell in Richtung auf eine Entscheidung für eine direkte Demokratie vorantreiben würden, wirklich ein Problem. Volksentscheidungen bedeuten, wenn man die Zahlen interpretiert – die Zahlen müssen einfach interpretiert werden –, dass die Bürger leider nicht mehr der politischen Klasse vertrauen, sondern an der politischen Klasse vorbei die Volksentscheidungen wollen. Das ist das, was dahintersteht. Eine andere Zahl, durch die das konterkariert wird, ist die, dass zu einer Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen, die einen Volksentscheid sozusagen mit vorbereiten würden, nur 35 Prozent bereit sind. Daran sieht man, dass da das Verständnis bei den Bürgern auseinanderklafft. Ich meine, da haben wir als Intermediäre die Aufgabe, Aufklärungsarbeit zu leisten und nicht auf alles aufzuspringen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Beck, Verstärkung der Privilegien der bereits Privilegierten. Muss man das bei dieser Fragestellung nicht ernst nehmen? Die empirischen Ergebnisse sind über Jahre hinweg sehr stabil und sehr fest, dass bestimmte Gruppen diese Instrumente kaum nutzen, während andere sie sehr intensiv für sich beanspruchen und auch die entsprechenden Beiboote haben, um ihrer Stimme Ausdruck zu verleihen. Wie gehen Sie damit politisch um?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Diese Gefahr ist vorhanden, aber die ist auch in der repräsentativen Demokratie vorhanden. Die Zusammensetzung von Parlamenten folgt auch nicht unbedingt dem Querschnitt der Bevölkerung. Da haben wir durchaus an beiden Ansätzen zu arbeiten.

Deshalb würde ich gerne im Sinne des schrittweisens Vorgehens versuchen, mehr einzuüben.

Als ich ehrenamtlicher Bürgermeister einer Gemeinde war, habe ich einmal versucht, eine Verkehrsplanung für den Ort zusammen mit Kindern zu machen. Die Kinder haben aufgeschrieben, gezeichnet und gemalt, in welchen Straßen es am Gefährlichsten ist. Siehe da, sie haben uns auf ihre Art etwas völlig anderes mitgeteilt als der Verkehrsplaner und der Ortsplaner, die das untersucht hatten. Daraufhin haben wir gezielt hingesehen und festgestellt, dass in der Tat eine Straße, von der niemand angenommen hatte, dass es da Probleme gibt, vollgeparkt war und vor allen Dingen während des Tages intensiv als Ausweichstraße genutzt wurde. Die Kinder haben das festgestellt, während wir das wahrscheinlich nie bemerkt hätten.

Ich habe auch einmal mit Kindergartenkindern Spielplätze geplant. Sie haben gezeichnet, gebastelt und gemalt. Außer einem tiefen Wasserloch, das mir zu gefährlich war, konnten wir alles andere verwirklichen. Ich will damit sagen, wir müssen es lernen, und wir müssen uns die Zeit geben, damit wir es lernen und uns ein Stück weit herantasten können. Vorrangig ist aber, uns zu öffnen und es zu wollen. An dieser Schwelle stehen wir derzeit. Wir sind mit dieser Frage – auch in diesem Parlament – noch nicht durch.

Professor Dr. Thomas Leif:

Das ist genau das Stichwort. Heißt das, dass dann, wenn mehr direktdemokratische Elemente praktisch eingeführt werden, dieses Parlament weniger Einfluss und noch weniger Macht hat?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Ich meine, dass es eher eine andere Art von Verantwortung hat, nämlich im Hinblick auf die Vermittlung und den Prozess der Information und des Aufnehmens. Es ist von Herrn Linder sehr

deutlich geschildert worden, dass wir als Parlament und Regierung eine Technik entwickeln müssen, wie wir an die Bürgerinnen und Bürger herankommen. Bei uns wird sich das nach meiner Ansicht schwieriger gestalten, weil mich – mit Verlaub, Herr Botschafter – das Instrument der Allparteienregierung auch nicht gerade vom Hocker reißt – das will ich auch in aller Offenheit sagen –; denn so ganz transparent sind die Machtverteilungsmechanismen dann auch nicht.

Professor Dr. Thomas Leif:

Sie können auf praktische Erfahrungen aus der Großen Koalition zurückgreifen.

Ministerpräsident Kurt Beck:

Ich habe eine Menge Erfahrungen dieser Art gewonnen. Ich will nur sagen, wir haben eine andere Art der politischen Auseinandersetzung, die wir in Denkschemata mit einbauen müssen. Dabei können wir nicht von vornherein unterstellen, dass ein Thema zunächst einmal in dem Spannungsverhältnis Volk versus Regierung und Parlament ausgetragen wird.

Im Übrigen gefällt mir auch das Bild nicht – das sage ich Ihnen ganz offen –, das Volk ist die Opposition zu Regierung und Parlament. Das möchte ich alles gerne noch diskutieren und hinterfragen. Ich weiß, wie Sie das gemeint haben, aber das wäre für uns eine seltsame Herangehensweise, um zu Lösungsansätzen zu kommen. Deshalb sollten praktische Beispiele eingeübt und vorangetrieben werden, um darüber Vertrauen zurückzugewinnen zu können. Das ist ein Weg, auf dem wir dicke Bretter werden bohren müssen.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Professor Linder, ich frage ganz pointiert: Ist mehr direkte Demokratie ganz klar mit einer Reduktion des Einflusses und der Macht der Parlamente verbunden?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Wenn Politiker direkte Demokratie einführen lassen, haben sie das Gefühl, sie gäben Macht ab. Niemand tut das gern. Das ist der Grund, weshalb es auch nicht so schnell zur direkten Demokratie kommen wird. Unsere Parlamentarier in der Schweiz fühlen sich aber keineswegs als machtlos. Ihr Mandat ist nur ein bisschen ein anderes. Sie müssen mehr antizipieren, was die Leute denken. In ihren Entscheidungen müssen sie sich stets überlegen, ob die Sache eine Mehrheit findet. Das ist das Präventive, das auch in den 93 Prozent der Fälle stattfindet, in denen schließlich kein Referendum stattfindet. Sie haben nicht die Schere im Kopf, aber sie brauchen eine gute Nase dafür, was die Stimmbürgerschaft möchte und was nicht.

Professor Dr. Thomas Leif:

Sie müssen populistischer denken?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Nein! Aber sie müssen einfacher und auch bescheidener denken. Gewisse Dinge sind auch schwierig für das Parlament, so etwa dessen Diäten zu erhöhen. Deshalb müssen sich Schweizer Parlamentarier mit kleinen Diäten begnügen, und die Beamten mit meist bescheidenen Verwaltungsgebäuden. Auch Steuern zu erhöhen ist schwierig, aber all das geht. Es sind in der Schweiz nicht weniger Kläranlagen gebaut worden als in Deutschland, aber Gemeindepräsidenten brauchen in solchen Vorhaben viel Geduld. Die direkte Demokratie ist nicht das Ventil des Kochtopfs, durch das Wutbürger Dampf gegen die die Behörden ablassen, sondern sie ist eine zumeist gelassene Art und Weise, sich mit den vermuteten Wünschen und Interessen der Stimmbürger auseinanderzusetzen. Das ist eine Kultur, die man nicht von einem Tag auf den anderen haben kann. Deshalb bin ich sehr für den pragmatischen Weg von Herrn Beck, der an dem anknüpft, was besteht und der sich vielleicht tatsächlich von unten her aus

den Gemeinden heraus entwickeln lassen kann. Wird die Auseinandersetzung zwischen Stimmbürgern und Eliten zur Normalität, hat das dann nichts mit Wutbürger oder Dampf zu tun, sondern wird ein relativ gelassenes Verhältnis, das – siehe die Erfahrungen der Schweiz – in neun von zehn Fällen sehr gut ausgeht.

Professor Dr. Thomas Leif:

Das war ganz gelassen das Trampolin für Ihre Fragen. Wenn Sie zu den Diskutanten, die sich geäußert haben, etwas beisteuern möchten oder einen eigenen Gedanken haben, sind Sie dazu eingeladen. Das gilt natürlich auch für die Gäste auf der Tribüne. Wir sammeln Ihre Wortbeiträge.

DISKUSSION MIT DEM PUBLIKUM (AUSZÜGE)

Erster Beitrag aus dem Publikum (Tribüne):

Würden Sie kurz ausführen – Sie sprachen davon, die Zettel würden auf den Marktplätzen verteilt. Wie sieht es denn mit der Bürgerbeteiligung über das Internet und Web 2.0 Applikationen aus? Was wird da in der Schweiz unternommen?

Wortbeitrag aus dem Publikum:

Mir fehlt ein Grundgedanke zur direkten Demokratie. Ich habe zu oft gehört, wir müssen Druck aus dem Kessel lassen. Als Herr Mielke die Kulturänderung vom Bürger der 50er-Jahre zum heutigen mitbeteiligt werden wollenden Bürger schilderte, kam die Frage von Herrn Leif, ob man das noch aufhalten kann. Es ging also immer um die Frage, wie müssen wir damit umgehen. Ich meine, Herr Beck hat den richtigen Ansatzpunkt gebracht. Es ist eine Bringschuld der Parlamentarier, der politischen Eliten, mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Es geht nicht darum, sich zu verteidigen, sondern wir alle sind so stolz – jetzt komme ich zu dem Grundgedanken, der mir in der Diskussion zu wenig vorkam –, eine Demokratie zu haben, aber eine Demokratie kann überhaupt nur durch die Beteiligung der Bevölkerung leben. Wenn wir feststellen – ob uns das passt oder nicht –, die sind heute nun einmal frustriert und glauben nicht mehr an die Politik, muss es geradezu Hauptantriebspunkt für die politischen Eliten sein, sie zu mehr Beteiligung zu bringen. Es geht also nicht um eine Verteidigung, sondern um eine aktive Beteiligung, da sie mehr beteiligt werden müssen. Das scheint mir ein ganz wichtiger Gesichtspunkt zu sein. Ich wäre dankbar, wenn man den etwas vertiefen könnte.

Weiterer Wortbeitrag aus dem Publikum:

Ich wende mich an Herrn Botschafter Tim Guldemann. Sie sprachen von der schweizerischen Allparteienregierung. Die haben

wir faktisch auch in Deutschland; denn wir haben ein Fünf-Parteien-Parlament. Professor von Arnim sagt sinngemäß: Seit es das Fünf-Parteien-Parlament gibt, haben die Bürger noch weniger zu sagen. – Das heißt, die Notwendigkeit, Volksentscheide zu machen, ist noch dringlicher. Es gibt Untersuchungen, Dissertationen, die besagen, die mangelnde Wahlbeteiligung bei Wahlen, lieber Herr Beck und Herr Tim Guldemann, hat auch damit zu tun, dass man zwischen den Wahlen nicht abstimmen kann. Da gibt es eindeutige Zusammenhänge.

Wenn man also schon von geringer Wahlbeteiligung spricht, muss man schon aus diesem Grund ganz schnell dazu kommen. Wenn wir sagen, wir müssen noch lange auf kommunaler und regionaler Ebene üben, muss ich darauf entgegnen, dass wir das schon seit vielen Jahren überall haben. Da müssen wir nicht mehr lange warten. Die, die heute die Macht haben, möchten natürlich noch gerne 50 Jahre walten. Das kann ich nicht. Lieber Kurt Beck, was ist mit dem Artikel 146? Warum haben wir neulich nicht über die deutsche Verfassung abgestimmt, obwohl das für die Wiedervereinigung im Grundgesetz vorgesehen war?

Weiterer Wortbeitrag aus dem Publikum:

Sie zielten darauf ab, dass wir eine Steuerreform bekommen, die ein Steuersystem bringt, das einfach und verständlich ist. Herr Linder, Sie sagten wie die Amerikaner, „keep it simple“. Ich meine, dass ich mit einem System oder einem Menschen kooperiere, ist die Voraussetzung dafür, dass ich seine Handlungsweise verstehen kann. Ein Beispiel ist unser Steuersystem, bei dem laut „F.A.Z.“ allein 1.682 Wörter für den § 18 notwendig sind, während die Amerikaner nur 300 Wörter für ihre Verfassung benötigen.

Der nächste Punkt ist die Gesundheitsreform. Darauf warte ich auch schon seit Jahrzehnten, aber es passiert nichts. Ich frage Sie: Weshalb soll ich als Bürger glauben, dass wir die direkte Demokratie hinbekommen?



Professor Dr. Thomas Leif:

Das ist alles sehr schön kompakt. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen. Vielleicht beginnen Sie, Prof. Linder, und antworten zunächst dem jungen Kollegen auf der Tribüne.

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Zu Ihrer Frage nach dem Sammeln der Unterschriften: In der Schweiz ist es so, dass Sie dann, wenn Sie ein Referendum oder eine Initiative ergreifen, selbst einen Bogen mit dem Text des Referendums oder der Initiative produzieren. Sie gehen auf den Marktplatz und lassen Leute unterschreiben. Am Schluss wird von der lokalen Behörde beglaubigt, ob die Unterschriften von stimmberechtigten Bürgern in der Gemeinde stammen. Das ist also ein ganz einfaches Verfahren.

Für das Sammeln von Unterschriften per Internet und das elektronische Abstimmen (letzteres gibt es in drei Kantonen), sind die

Dinge noch im Fluss. Verbinden Sie damit keine großen Hoffnungen, dass Sie damit die Stimmbeteiligung erhöhen oder dass Sie Leute zur Politik bringen. Das politische Interesse ist ausschlaggebend. Der Rest ist technische Spielerei, die nicht nachhaltig ist. Wenn Sie Bürgerbeteiligung machen, ersetzt das elektronische Medium die physische Präsenz sowie das Interaktive und Persönliche von Gruppen und politischen Bewegungen überhaupt nicht.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Beck, eine der Fragen ging in die Richtung, dass es den Zwang gibt, mehr direkte Beteiligung zuzulassen, Politik anders zu vermitteln, mehr Beteiligung zu organisieren. Sehen Sie persönlich diesen Zwang auch?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Ich halte es für ein Gebot der Klugheit, dass eine Demokratie, die reift – ich habe es einleitend gesagt und ich sage es noch einmal – nach Wegen sucht, wie die Bürgerinnen und Bürger, von denen alle Gewalt auszugehen hat, wieder Lust und Laune finden, sich an ihr stärker zu beteiligen. Das ist meiner Meinung nach die Aufgabe. Es ist gewiss nicht so, dass sich jetzt jemand unter Druck gesetzt fühlt oder Ähnliches mehr.

Ich bin aber auch nicht so skeptisch. Wir haben zusammen mit Baden-Württemberg und Niedersachsen in Deutschland die höchste Quote an Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen. 41 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes reden nicht nur darüber, sondern tun es aktiv. Sie beteiligen sich und übernehmen Verantwortung in ihrem Sportverein, in der Feuerwehr oder wo auch immer. Da ist also eine Bindung zur Gemeinschaft vorhanden. Derzeit versuchen wir herauszufinden, wie es am sinnvollsten gelingt, die Leute dort abzuholen, ohne dass wir uns vergaloppieren; denn sonst werden wir um viele, viele Jahre zurückgeworfen. Das muss man auch bedenken; denn wenn nur

einmal ein paar Entscheidungen durch Gerichte aufgehoben werden, erleiden wir eher einen Rückschlag bei den Bemühungen, zu mehr direkter Demokratie zu kommen.

Ich halte die Nutzung von Web 2.0 für ganz wichtig. Dies aber weniger für die Abstimmungen, als für den Informationsablauf im Vorfeld. Darin steckt meiner Meinung nach eine Menge an interaktiven Möglichkeiten, die wir auch noch erlernen müssen. In einer intensiveren Einbindung besteht nach meiner Ansicht die große Chance des Netzes. Bei Abstimmungen bin ich ein bisschen skeptisch. Entweder muss man das so technisch mit Stimmkarte, die fälschungssicher ist, usw. machen, oder man muss auch dabei die Sorge haben, dass manipuliert wird. Deshalb ist es weniger für Abstimmungen geeignet, aber die Informationen und der Dialog können sehr stark über Web 2.0 abgewickelt werden.

Ein Wort noch zur Frage der Wahlbeteiligung und der Wahlmöglichkeit alle fünf Jahre. Ganz so ist es nicht. Wir haben beispielsweise hier im Land die Urwahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, da bin ich bitter enttäuscht gewesen. Als dieses Parlament damals die direkte Wahlmöglichkeit geschaffen hat, war ich mir ganz sicher, dass die Menschen ihre Bürgermeisterin oder ihren Bürgermeister direkt wählen wollen. Die Wahlbeteiligungen heute sind teilweise jämmerlich. Das muss man sagen. Insoweit lasse ich auch nicht zu, dass immer wieder gesagt wird: Wenn wir doch mitreden dürften. – In einem offenen Dialog müssen wir auch ein bisschen sagen: Liebe Bürgerinnen und Bürger, wenn ihr es könnt, muss man auch zur Wahlurne gehen oder doch zumindest die Briefwahl nutzen. – Das gehört auch dazu.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Mielke, es ist auch die Fachpolitik, die Steuerpolitik, die Gesundheitsreform angesprochen worden. Glauben Sie, dass

sich durch den Einfluss von halbdirekten Mitteln die Fachpolitiken in Deutschland ändern würden?

Professor Dr. Gerd Mielke:

Die würden sich ganz bestimmt ändern und zwar zum Positiven hin. Dies ganz einfach deshalb, weil es bei der halbdirekten Politik darum ginge, dass man einfache Grundsätze formulieren müsste, damit diese überhaupt in Referenden oder bei Abstimmungen berücksichtigt werden können. Im Grunde liegt das Entscheidende darin, dass die direkte Demokratie auch ein Vehikel ist, um die Kommunikation mit den Bürgern entscheidend zu verbessern. Wenn ich mich etwa bei der Gesundheitsreform nur mit Gesundheitspolitikern, mit Experten aus der Ärzteschaft und mit Krankenkassenvertretern auseinandersetze, versteht schon bald kein Mensch mehr, um was es eigentlich geht. Hier mehr Klarheit zu schaffen, ist ein entscheidender Vorteil bei dem Zugriff auf Verfahren der direkten Demokratie. Es geht eben nicht um einen Umsturz der Institutionen oder einen Schlag gegen das Gemeinwohl, sondern es geht darum, dass im Vorgriff auf mögliche direktdemokratische Abstimmungen alle Akteure – auch die politischen und gesellschaftlichen Eliten und die so genannten Experten – dazu gebracht werden, ihre Grundsätze zu klären, zuzuspitzen und zu kommunizieren. Deshalb meine ich, dass die Sorge vor dem überforderten Stimmbürger völlig gegenstandslos ist.

Professor Dr. Thomas Leif:

Das bedeutet, es würden auch Konflikte fokussiert?

Professor Dr. Gerd Mielke:

Es würden Konflikte fokussiert. Und das ist auch notwendig. – Gestatten Sie noch eine kurze Bemerkung zur Wahlbeteiligung, die der Ministerpräsident gerade angesprochen hat: Die Wahlbeteiligung ist natürlich immer ein Thema, an dem man sich

ausführlich abarbeiten kann. Ich will hier nur sagen, dass eine niedrige Wahlbeteiligung überhaupt kein Krisensymptom sein muss. Man kann auch deshalb nicht wählen, weil man zufrieden ist oder weil man etwas nicht für wichtig hält, etwa die Wahl eines Bürgermeisters. Schwierig und demokratisch bedenklich wird es erst – und das zeichnet sich bei uns ab –, wenn bestimmte Schichten – und hier vor allem Unterschichten nicht mehr mitwählen und damit systematisch aus der Politik ausgeblendet sind. Das ist die eigentliche Problematik bei der Wahlbeteiligung.

Professor Dr. Thomas Leif:

Wobei man dabei sagen muss, das ist Mielke-Spezial. Kein anderer Politikwissenschaftler sieht das heutzutage noch so.

Professor Dr. Gerd Mielke:

Diejenigen, die sich ernsthaft mit Wahlbeteiligung befassen, die sehen das sehr wohl schon so.

Professor Dr. Thomas Leif:

Wir haben noch einen Beitrag aus dem Publikum. Wollen Sie Ihre Wortmeldung adressieren?

Ulrich Schmalz:

Als ich vor 22 Jahren diesem Landtag angehörte, haben wir auch über neue Formen der direkten Demokratie diskutiert. Es hat sich eigentlich nicht so schrecklich viel geändert. Ich meine, der entscheidende Punkt, den wir heute alle nicht besprochen haben, ist etwas völlig anderes. Das ist die materielle Autonomie in der Schweiz. Wenn der Schweizer Bürger in einer Gemeinde wohnt, kann er über seinen Steuerbeitrag entscheiden, was passiert. Wenn Sie in Deutschland in einer Gemeinde wohnen, haben Sie 26 Zuschussgeber, und Sie können von niemandem verlangen,

dass er Ihnen erklärt, wer dafür verantwortlich ist, dass ein bestimmtes Projekt gebaut wird oder nicht. Da heißt es: Da gibt das Land einen Zuschuss; da gibt Europa einen Zuschuss; das muss doch gebaut werden. – Wenn Sie das auf dem Stimmzettel haben, haben Sie dazu eine ganz andere Einstellung.

Wenn wir nicht diese Frage in einer Föderalismusreform III, IV, V und VI klären, können wir uns über die Frage direkte Demokratie nur noch sehr reduziert unterhalten. Die Schweiz ist eine Willensnation. Hören Sie sich einmal die Zahlen an: 16 Prozent der Steuern zahlen die Schweizer an den Bund, aber 84 Prozent an die Kantone und Gemeinden. – Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Aufgrund der Tatsache, dass die Bürger materiell entscheiden können, haben sie auch ein Interesse daran und wirken schon bei der Aufstellung des Etats mit.

Professor Dr. Thomas Leif:

Der Herr Botschafter möchte Ihnen antworten.

Botschafter Tim Guldemann:

Wolf Linder hat das vorhin schon gesagt. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie darauf noch einmal insistieren. Das Verständnis direktdemokratischer Prozesse in der Schweiz muss dort ansetzen, wo es um Geld geht. Wir haben drei Schichten des Föderalismus, und zwar Gemeinden, Kantone und der Bund. Auf jeder Ebene ist die Stelle, die Geld ausgibt, auch die Stelle, die dafür verantwortlich ist, Geld einzunehmen. Sowohl das Ausgeben als auch das Einnehmen ist Gegenstand direktdemokratischer Entscheidungen.

Das geht natürlich nicht an, wenn Sie sich überlegen, wie Politik in der Bundesrepublik gemacht wird, in der – ich sage das etwas offen – Politiker dafür wiedergewählt werden, wenn sie möglichst viel Geld für die Menschen ausgegeben haben, die sie wählen, ohne sich darum zu scheren, wie das Geld wieder hereinkommt.

Solange das nicht geändert wird, haben Sie Verschuldungsraten, die Sie nicht unter Kontrolle bekommen. Das ist ein zentraler Aspekt unseres demokratischen Systems.

Professor Dr. Thomas Leif:

Sehr gut. Das signalisiert schon fast das Einläuten einer kleinen Schlussrunde, in der ich Sie alle noch einmal bitte, sehr spezifisch und persönlich zu antworten. Beantworten Sie bitte die Frage, welche Ihre zwei Demokratiefavoriten sind, wenn Sie alleine schalten und walten könnten, um die Demokratie zu vitalisieren.

Wir beginnen mit Frau Wohlfarth. Wenn Sie aufgrund der Erfahrung mit Ihren Projekten jetzt etwas losstreten könnten – Sie könnten den Schalter umlegen, dass sich etwas ändert –, an welchen zwei Stellschrauben würden Sie drehen, die am meisten Demokratieinput geben würden?

Anna Wohlfarth:

Das ist schwierig. Ich habe es schon ein paarmal gesagt: Mir fehlt in der ganzen Debatte eine normative Auseinandersetzung. Ich halte das Abwägen von zwei Demokratiekonzepten für sehr schwierig, solange wir nicht die normative Debatte geführt haben, was Bürgerbeteiligung für uns ausmacht. Solange wir das nicht getan haben, halte ich es für schwierig – –

Professor Dr. Thomas Leif:

Sie kommen aber nicht an einer Antwort vorbei. Zwei Ideen! Sie haben so viel Praxiserfahrung. Was leuchtet Ihnen als wirksame Demokratiefördermaßnahme am ehesten ein? Das muss nicht der Volksentscheid sein, sondern das können auch kleinere Dinge sein. Wo sehen Sie die größte Hebelwirkung?

Anna Wohlfarth:

Ich glaube nicht an Volksentscheide – nicht sofort –, sondern ich glaube an eine ehrliche Auseinandersetzung zwischen der Politik und den Bürgern. Die repräsentative Demokratie muss sich – da baue ich den Druck auf – wirklich Sorgen machen und muss sich überlegen, wie sie wieder auf die Bürger zugehen kann. Dialog ist da unbedingt notwendig, aber auch ein Umdenken im Staatsverständnis mit Blick auf aktive Bürger.

Professor Dr. Thomas Leif:

Dialog! – Herr Linder, was sind Ihre zwei Favoriten?

Professor Dr. Wolf J. Linder:

Zwei Dinge: Einerseits bin ich überrascht zu sehen, wie in Deutschland und in Ihrem Bundesland die Diskussion über Bürgerbeteiligung vorankommt. Ich würde als Schweizer sagen: Bleibt einfacher, bringt die Beteiligung auf wesentliche Punkte und versucht, es in möglichst vielen Dingen zu tun.

Der zweite Punkt ist: Wenn irgendwann der Rubikon überschritten wird und Sie sagen, wir wollen auch bindende Entscheidungen über Referenden und Initiativen, würde ich wie der Herr aus dem Publikum plädieren und sagen, fiskalische Autonomie im Föderalismus ist wichtig. Ich würde mit einer Steuerreform beginnen, bei der die Gemeinden für ihre Steuern verantwortlich sind, die sie selbst erheben und ausgeben können. Ebenso sind die Länder und der Bund für sich, für ihre Steuern verantwortlich, sodass nicht alles einen Umweg geht.

Professor Dr. Thomas Leif:

Sehr gut! – Herr Beck, zu Ihren beiden Kernpunkten. Was ist für Sie das Wichtigste, wo liegen Ihre Prioritäten?

Ministerpräsident Kurt Beck:

Das ist zunächst einmal, dass wir uns keine Illusionen machen. Die Steuerdiskussion ist eine Illusion für Deutschland. Wo wäre denn der Osten Deutschlands, wenn wir das so machen würden? – Entvölkert! – Wie würde man Rheinland-Pfalz zusammenhalten können, nachdem wir in Teilen des Landes eine fast durchgängige Militärcommunity über 40 Jahre hinweg hatten? – Ohne die Ausgleichswirkung des Staates, des Landes Rheinland-Pfalz hätten wir dort, wo vorher diese Militärcommunities waren, wahrscheinlich 40 Prozent Arbeitslosigkeit. – Entschuldigung, also keine Illusionen. In der Schweiz sieht das anders aus.

Wir brauchen diese Ausgleichswirkung. Lieber Herr Kollege Schmalz, wie soll ich einem Dorf mit 800 Einwohnern sagen, jetzt nehmt einmal so viele Steuern ein, dass ihr euren Kindergarten oder Kanal neu bauen könnt, wenn der kaputt ist? – Das ist nicht machbar. Oder sie müssen enteignungsgleiche Steuern von den Leuten erheben. Das geht doch überhaupt nicht. Da brauchen wir Ausgleichsfunktionen. Insoweit ist die Situation schon eine andere.

Professor Dr. Thomas Leif:

Jetzt aber noch die zwei Punkte.

Ministerpräsident Kurt Beck:

Mein erster Wunsch war, keine Illusionen mit diesen Dingen zu verbinden und sich nicht vorzumachen, dass wir wirklich über ein Steuersystem per Volksentscheid abstimmen können. Wir haben das Trommelfeuer einer bestimmten Zeitung. Am Ende bekommen wir eine Bierdeckelgeschichte, mit der wir untergehen. Wir haben an Europa riesige Abführungen zu machen. Wir haben einen internationalen Auftrag und eine Armee im Einsatz. Soll ich weitermachen? Insoweit bitte ich um Verständnis. Illusionsfrei

heranzugehen, heißt überhaupt nicht, dass man keine richtigen Entscheidungen treffen kann.

Mein zweiter Punkt ist: Es gibt in Deutschland schon Möglichkeiten direkter Entscheidungen. In unserer Verfassung haben wir die Möglichkeit des Bürgerentscheids. Die Quoren sind zu hoch und die Voraussetzungen zu kompliziert. Wir versuchen, in diesem Bereich voranzukommen. Wenn ich aber Bürgerbeteiligung sage, muss für meine Begriffe auch ein echter Bürgerentscheid als Möglichkeit am Ende stehen; denn sonst ist das ein Sandkastenspiel, was die Menschen sehr schnell merken werden. Wenn schon, dann in weniger Feldern und schrittweise erproben, als zu sagen, na ja, so ganz ernst nehmen wir das nicht.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Guldemann, Ihre zwei Topideen, die Sie vorantreiben möchten.

Botschafter Tim Guldemann:

Erste Idee: Ich meine, die direkte Demokratie verunmöglicht überhaupt nicht den Ausgleich. Beispiel: Wir bauten zwei Röhren durch die Alpen mit der Überlegung der Gerechtigkeit. Wir bauten nicht nur den Gotthard-Tunnel, sondern auch den Lötschberg-Simplon-Tunnel als Ausgleich für das ganze Land. Das ist ein Beispiel dafür, dass man für alle denkt. Eine andere Geschichte ist, ob das ökonomisch Sinn macht oder nicht.

Der zweite Punkt, bei dem ich etwas skeptisch bin, ist der, dass direktdemokratische Prozesse mehr Zeit brauchen. Es gibt historische Situationen, bei denen man nicht die Zeit hat. Ich habe Zweifel, dass die Schweiz mit ihrem System den historischen Entscheid der Deutschen Einheit hätte leisten können; denn es besteht die Gefahr, dass die Politiker in der direkten Demokratie zu wenig Führungsverantwortung übernehmen und die Sache

immer an das Volk abschieben. Ähnlich werden in Deutschland politische Entscheide immer an das Bundesverfassungsgericht abgeschoben, wenn es brenzlich wird. Ich habe also meine Zweifel, ob das immer gut ist.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Mielke, wie lautet Ihre Priorität?

Professor Dr. Gerd Mielke:

Ich werde auf die Schnelle mit nur einer Empfehlung auskommen. Den größten Vorteil sehe ich in der Stärkung der Initiativen. Durch eine deutliche Absenkung der viel zu hohen Quoren hätte die Bevölkerung die Möglichkeit, mit ihren Interessen und Initiativen schnell in den Gesetzgebungsprozess eingreifen zu können. Auf diese Weise würden sich in einem schnellen ersten Schritt repräsentative und direkte Demokratie sehr schön und wirkungsvoll ergänzen können.

Professor Dr. Thomas Leif:

Herr Beck, vielleicht können Sie in Ihr Schlusswort einbeziehen, welche Bedeutung das Thema, das wir heute Abend diskutiert haben, für die nächsten fünf Jahre für Ihre Agenda, in Ihrer Regierungspolitik hat.



SCHLUSSWORT

MINISTERPRÄSIDENT KURT BECK

Ja, sehr gerne. Ich bedanke mich aber zunächst einmal – so viel Zeit muss sein – ganz herzlich bei der MitdiskutantIn und den Mitdiskutanten. Das gilt insbesondere für unsere Gäste aus der Schweiz. Ich bedanke mich beim Moderator, der uns in der gewohnten, nicht nur leicht provokanten Art durch das Mienenfeld geführt hat. Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihr Interesse an den diskutierten Fragen.

Ich hoffe sehr, dass wir diese Diskussion in dieser Legislaturperiode, die gerade begonnen hat, in diesem Hohen Haus sehr ernst nehmen, weil es da eine Herausforderung gibt. Zum Zweiten meine ich, dass wir, wenn wir uns damit auseinandersetzen – nicht entlang eines einzelnen Themas, aber mit dem Gesamtthema in Ruhe und Gelassenheit umgehen können, ohne sagen zu müssen, wenn wir nicht schnell etwas Neues finden, bricht uns die

Legitimation unserer Demokratie weg. Sondern wir sehen, es gibt – ich bleibe bei dem Fundamentbeispiel von vorhin – die Notwendigkeit, das Fundament zu festigen. Wir haben aber die Zeit dafür, das ordentlich miteinander hinzubekommen. Deshalb würde ich mir sehr wünschen, dass diese Diskussion geführt wird und dass wir uns darauf verständigen, das an einigen praktischen Beispielen zu machen. Wenn wir es machen, müssen wir aber gleichzeitig darauf verzichten, uns dafür zu desavouieren.

Wir müssen auch aufpassen, dass wir dann – egal wer regiert oder eine Mehrheit hat –, wenn wir mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen und die Bürger anders entscheiden, als man es bei einem sorgfältigen Vorbereitungsprozess gerne hätte, daraus nicht das Scheitern von Politik ableiten. Da muss ein neues Verständnis wachsen. Das alles ist ein Feld, über das wir noch viel diskutieren müssen. Die von mir geführte Regierung wird in diesen fünf Jahren auch Gesetzesinitiativen ergreifen, um mehr Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide zu ermöglichen. Ich hoffe aber, dass wir vorweg mit der Enquetekommission auch einen Boden dafür bereiten. Das gilt auch dafür, dass wir Jüngere und Menschen, die hier leben und nicht EU-Bürger sind, stärker einbeziehen. Wie käme man denn dazu, Schweizer Staatsbürger, die bei uns leben, auf Dauer vom kommunalen Wahlrecht auszuschließen? Wir können aber nicht sagen, nur Schweizer dürfen, sondern dann müssen wir uns auf einen Weg verständigen, was möglich ist und wer Citoyen ist im guten Sinne des Wortes und damit Mitwirkender auf einer Ebene, auf der man nicht einem anderen Staat seinen Staatsbürger entzieht, ihn aber auf der kommunalen Ebene nicht mitwirken lässt. Ich meine, es können ganz viele konkrete Dinge angepackt werden. Das ist sicherlich ein sehr wichtiges Thema, mit dem sich ein Parlament sehr Gewinn bringend befassen kann.

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 - eine europäische Revolution?
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999
Mainz 1999
(vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.
Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999

Heft 8

Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
Mainz 1999
(vergriffen)

- Heft 9
Verfassungsreform
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 10
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000
Kinder und Jugendliche im Holocaust
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 11
Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 12
Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 13
Politik mit der Bibel?
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 14
Länderverfassungen im Bundesstaat
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 19. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 15
Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht in Rheinland-Pfalz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 16
Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 17
Was kann, was darf der Mensch?
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik
Mainz 2001
(vergriffen)

Heft 18

Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:

Die Rolle der Regionen

Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001

Mainz 2002

(vergriffen)

Heft 19

Russlanddeutsche im Strafvollzug

Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz

am 29. Oktober 2002

Mainz 2002

(vergriffen)

Heft 20

Wider das Vergessen – Für die Demokratie

Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern

aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus

am 27. Januar 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 21

Streitfall Pflege

Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 22

Mit den Augen des Anderen

Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva

Ausstellung und Podiumsdiskussion

im Landtag Rheinland-Pfalz am 3. Dezember 2003

Mainz 2003

(vergriffen)

Heft 23

„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“

Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804

Vortragsveranstaltung am 22. September 2004

Mainz 2004

(vergriffen)

Heft 24

Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz

am 29. September 2004

Mainz 2004

(vergriffen)

Heft 25

Nur freie Menschen haben ein Vaterland
Georg Forster und die Mainzer Republik
Vortragsveranstaltung
Mainz 2004

Heft 26

Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung
Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des
Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005
Mainz 2005

Heft 27

20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004
Dokumentation
Mainz 2005

Heft 28

Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz
Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt
im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005
Mainz 2005
(vergriffen)

Heft 29

Friedrich Schillers Politischer Blick
Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“
im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005
Mainz 2006
(vergriffen)

Heft 30

Christoph Grimm
Reden 1991-2006
Eine Auswahl aus der Amtszeit des rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten
Mainz 2006

Heft 31

Die Präsidenten des Landtags 1946-2006
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte
Mainz 2006

Heft 32

Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“
und seine demokratische Entwicklung
Eine Veranstaltung des Landtags und der
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz
Mainz 2007

Heft 33

60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz
Mainz 2007

Heft 34

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2007
Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 35

„Packt an! Habt Zuversicht!“
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz
und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Mainz 2007

Heft 36

„Was bedeutet uns Hambach heute?“
Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007 und Präsentation
des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“
am 2. Mai 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 37

„(...) Den sittlich, religiösen, vaterländischen Geist der Nation zu heben (...)“
Die Reformen des Freiherrn vom Stein
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 13. September 2007
Mainz 2007

Heft 38

„700 Jahre Wahl Balduins von Luxemburg zum Erzbischof von Trier“
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 7. Dezember 2007 im Kurfürstlichen Palais in Trier
Mainz 2008

Heft 39

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2008
Plenarsitzung, Ausstellung und Lesung mit Musik
im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2008

Heft 40

60 Jahre Israel –
zwischen Existenzrecht und Existenzbedrohung
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 5. Mai 2008
Mainz 2008

Heft 41

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2009
Plenarsitzung im Pfalzklitorium Klingenmünster,
Ausstellung und Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2009

Heft 42

60 Jahre Grundgesetz:
Fundament geglückter Demokratie
Festakt am 18. Mai 2009 im Landtag
aus Anlass der Zustimmung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Grundgesetz
am 18. Mai 1949
Mainz 2009

Heft 43

Auswanderung nach Amerika
Vortragsveranstaltungen zur Auswanderung aus Gebieten des
heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien am 10. Juli 2009
und zur Auswanderung in die USA am 15. September 2009 im Landtag
Mainz 2009

Heft 44

Die Folgen des Klimawandels für Rheinland-Pfalz
Aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags
Mainz 2010

Heft 45

„Wir sind das Volk!“
Freiheit, Einheit und Europa vom Hambacher Fest bis Heute
Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009
im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 2010

Heft 46

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2010
Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz,
Vortragsveranstaltung in Mainz
Mainz 2010

Heft 47

„Dass diese Entscheidung sich auswirken möge
zum Wohl von Volk und Land“
60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz,
der Landesregierung und der Landeshauptstadt Mainz
am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags
Mainz 2010

Heft 48

Auf einem guten Weg!

20 Jahre Deutsche Einheit – Rheinland-Pfalz

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 15. September 2010

Mainz 2011

Heft 49

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer

des Nationalsozialismus 2011

Plenarsitzung in der Synagoge der Jüdischen Gemeinde Mainz

Ausstellungen im Landtag Rheinland-Pfalz

Mainz 2011

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

